

ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus
und Antimilitarismus der



Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Nr. 1/2018 | 44. Jahrgang | 2,30 €

DFG-VK- Bundeskongress

ZU 125 Jahre Deutsche Friedensgesellschaft



In diesem Heft

Kathrin Vogler:
Pazifistische Standort-
bestimmung und Perspektiven

Margot Käßmann:
„Bertha von Suttner
ist mir ein Vorbild.“

Guido Grünewald:
Frieden ist machbar!
125 Jahre DFG

Gernot Lennert:
Zypern - Geteilte
und militarisierte Insel

Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) wurde am 9. November 1892 in Berlin von der späteren Friedensnobelpreisträgerin (1905) Bertha von Suttner und dem späteren Friedensnobelpreisträger (1911) Alfred Hermann Fried gegründet.

1968 schloss sich die DFG mit der *Internationale der Kriegsdienstgegner* (IdK, gegründet 1919 als Bund der Kriegsdienstgegner, nach Verbot im Faschismus 1947 als IdK wieder gegründet) zur **DFG-IdK** zusammen.

Am 24. November 1974 fusionierte die DFG-IdK mit dem 1958 gegründeten VK (Verband der Kriegsdienstverweigerer) zur **DFG-VK** (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen).

DFG-VK-Bundesverband

■ www.DFG-VK.de ■ DFG-VK

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle

■ Werastraße 10, 70182 Stuttgart
■ 0711-51892626 ■ office@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer

Monty Schädel ■ 0177-8871014

■ schaedel@dfg-vk.de

Stellvert. politischer Geschäftsführer

Michael Schulze von Glaeser ■ 0176-23575236

■ svg@dfg-vk.de

DFG-VK-Shop *Pazifix*

■ Werastraße 10, 70182 Stuttgart

■ 0711-51892626 ■ material@dfg-vk.de

■ www.shop.dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung

■ Braunschweiger Straße 22

44145 Dortmund ■ 0231-818032

■ Stiftung@dfg-vk.de

■ www.bertha-von-suttner-stiftung.de

DFG-VK-BundessprecherInnenkreis

Ralf Buchterkirchen (buchterkirchen@dfg-vk.de) **Benno Malte Fuchs** (fuchs@dfg-vk.de)

Jürgen Grässlin (graesslin@dfg-vk.de) **Kati Müller** (mueller@dfg-vk.de)

Christoph Neeb (neeb@dfg-vk.de) **Thorge Ott** (ott@dfg-vk.de)

Torsten Schleip (schleip@dfg-vk.de) **Thomas Carl Schwoerer** (schwoerer@dfg-vk.de)

was & wo in der DFG-VK

DFG-VK-Landesverbände

Baden-Württemberg

■ Werastraße 10, 70182 Stuttgart
■ 0711-51885601 ■ bawue@dfg-vk.de
■ www.bawue.dfg-vk.de
■ DFG-VK Baden-Württemberg

Bayern

■ Schwanthalerstraße 133,
80339 München ■ 089-89623146
■ bayern@dfg-vk.de

Berlin-Brandenburg

■ b-b@dfg-vk.de ■ www.b-b.dfg-vk.de

Bremen/Niedersachsen

■ Villa Ichon, Goetheplatz 4,
28203 Bremen ■ 0421-5964961
■ nds-hb@dfg-vk.de

Hamburg/Schleswig-Holstein

■ Exerzierplatz 19, 24103 Kiel
■ lhh-sh@dfg-vk.de
■ www.lhh-sh.dfg-vk.de

Hessen

■ Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt
■ 069-431440 ■ hessen@dfg-vk.de
■ www.hessen.dfg-vk.de

Mecklenburg-Vorpommern

■ Postfach 1208, 17182 Waren/Müritz
■ 0177-8871014 ■ mv@dfg-vk.de
■ www.mv.dfg-vk.de

Redaktion ZivilCourage

■ Werastraße 10, 70182 Stuttgart

■ 0711-51892620 ■ zc@dfg-vk.de

■ www.zivilcourage.dfg-vk.de

■ ZivilCourage Magazin

Die *ZivilCourage* erscheint seit der Fusion von DFG-IdK und VK zur DFG-VK 1974. Zur Vorausgabe der Deutsche Friedensgesellschaft - Internationale der Kriegsdienstgegner, die Zeitschrift *Courage* und der Verband der Kriegsdienstverweigerer die Zeitschrift *Ziviler Krieg*.

Nordrhein-Westfalen

■ Braunschweiger Straße 22,
44145 Dortmund ■ 0231-818032
■ nrw@dfg-vk.de ■ www.nrw.dfg-vk.de
■ Ost

■ c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus,
01116 Markkleeberg ■ 034299-76637
■ ost@dfg-vk.de ■ www.ost.dfg-vk.de

Rheinland-Pfalz

■ Bürogemeinschaft, Walpodenstr. 10,
55116 Mainz
■ lv@dfg-vk-rlp.de ■ www.dfg-vk-rlp.de

Die Adressen der örtlichen und regionalen DFG-VK-Gruppen im Internet:

■ www.dfg-vk.de/kontakte/gruppen

Mitgliedschaften/Mitarbeit

War Resisters' International (WRI)

■ www.wri-irg.org ■ info@wri-irg.org

International Peace Bureau (IPB)

■ www.ipb.org ■ mailbox@ipb.org

Kooperation für den Frieden

■ www.koop-frieden.de

■ info@koop-frieden.de

Bundesausschuss Friedensratschlag

■ www.friedensratschlag.de

Bund für Soziale Verteidigung (BSV)

■ www.soziale-verteidigung.de

■ info@soziale-verteidigung.de

Forum Ziviler Friedensdienst

■ www.forumzfd.de

■ kontakt@forumzfd.de

Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel

■ www.aufschrei-waffenhandel.de

■ kontakt@aufschrei-waffenhandel.de

■ atomwaffenfrei.jetzt

■ www.atomwaffenfrei.de

Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die *ZivilCourage* automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 14 €. Frei Haus. Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Abonnieren.

Ich abonneiere die *ZivilCourage* ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 14,- € einschließlich Porto.

Vorname

Namen

Straße

PLZ/Ort

Datum /
Unterschrift

Ich bezahle bequem per Banküberweisung

Konto

BLZ

Bank

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der DFG-VK, Werastraße 10, 70182 Stuttgart schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum

X

Unterschrift



Liebe Leserin, lieber Leser,

im letzten Jahr mussten wir durch Donald Trump lernen, dass es scheinbar alternative Fakten gibt und was Fake-News sind. Nun will ich mir beileibe kein Vorbild am US-Präsidenten nehmen, und natürlich soll in der ZivilCourage nur Wahres und Tatsächliches stehen. Ein kleiner Fake steckt aber doch in dieser Ausgabe, nämlich die Bezeichnung „Nr. 1 – Januar 2018“. Denn eigentlich ist diese Ausgabe die „Nr. 5 – Dezember 2017“, die kurz vor Weihnachten erscheinen sollte. Zum großen Teil war sie auch planmäßig fertig, als mich die Grippe erwischte. Und mit 39° Fieber war weder weiteres Redigieren noch Layouten möglich, sondern da war Bettruhe angesagt. Eine „Dezember-Ausgabe“ wollte ich dann im neuen Jahr nicht verschicken, und so wurde dann aus der einen Tag vor Weihnachten fertiggestellten Ausgabe ein Januar-Heft. Ich bitte um Verständnis und Entschuldigung. Dafür gibt es dann in diesem Jahr insgesamt sechs Ausgaben – und die nächste wird dann im neuen Layout und nach überarbeiteter Konzeption erscheinen.

Titelthema der letzten Ausgabe war die geplante Schwampel-Koalition. Für diese hatten einige Mitglieder des DFG-VK-BundessprecherInnenkreises aus pazifistisch-antimilitaristischer Sicht Anforderungen formuliert und Einschätzungen abgegeben. Nun wird aus dieser CDUCSUFDPGRÜNE-Regierung nichts. Und ob die Roten mit den Schwarzen zusammenkommen, dürfte noch eine Weile eine offene Frage bleiben. Sagte ich die „Roten“? Na ja, dazu fällt mir Kurt Tucholsky ein, der als Theobald Tiger 1926 in der Weltbühne in seinem Gedicht „Feldfrüchte“ über die „ganz verbockte liebe gute SPD“ schrieb: „blühn so harmlos, doof und leis wie bescheidene Radieschen: außen rot und innen weiß“.

Zu diesem Unterschied zwischen äußerem Schein und inneren Sein kann ich eine eigene Erfahrung beisteuern: Zu Beginn dieses Jahrhunderts konnte ich einige Jahre im Vorstand der Zentralstelle KDV mit Lars Klingbeil zusammenarbeiten. Der repräsentierte als stellvertretender Bundesvorsitzender seine JungsozialistInnen bei der Zentralstelle KDV. Für die Jusos lag diese Vertretung wohl auch nahe, war Lars Klingbeil doch Kriegsdienstverweigerer und hatte gerade Zivildienst in der Bahnhofsmission in Hannover geleistet. Dann wurde er SPD-Bundestagsabgeordneter und hat „Dank der Unterstützung des inzwischen verstorbenen Verteidigungsministers Peter Struck als junger Abgeordneter die Chance bekommen, mich im Verteidigungsausschuss zu bewähren“, wie es auf seiner Homepage heißt.

Ich fand das schon damals seltsam, ebenso wie seine Reden im Wahlkreis bei Rekrutenvorleidungen oder seine freiwilligen Wehrübungen oder sein Engagement als Präsidiumpmitglied beim „Förderkreis deutsches Heer“ oder sein Eintreten für die Beibehaltung des Namens der Lent-Kaserne in Rotenburg, obwohl Helmut Lent einer der höchstdekorierten Offiziere der Nazi-Wehrmacht war.

Vor einigen Wochen habe ich nun mitbekommen, dass er seine staatliche Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer zurückgegeben hat. „Alles anders wäre nicht ehrlich. Und ja, Menschen dürfen ihre Meinung ändern. Auch ich.“ schrieb er dazu auf Facebook. Ja, ehrlich währt am Längsten. Und das Sein bestimmt bekanntlich das Bewusstsein. Und für den Bewährungsaufstieg zum SPD-Generalsekretär als nächsten Karriereschritt war die Abwendung von alten Überzeugungen sicher nicht schädlich. Oder gar Voraussetzung? So sehen also „Hoffnungsträger“ und „Erneuerer“ aus. Da halte ich es doch lieber mit der „links-roten“ Kathrin Vogler, der früheren DFG-VK-Geschäftsführerin und jetzigen Linke-Bundestagsabgeordnete, die uns in ihrer Rede beim Bundeskongress warnte, „dass die Friedensbewegung sich niemals zum verlängerten Arm einer oder mehrerer politischer Parteien machen lassen darf. Wir können und dürfen uns nicht darauf verlassen, dass bestimmte Parteien oder einzelne Abgeordnete in so einer Situation nicht umfallen.“

Neue Einsichten und Erkenntnisgewinn bei der Lektüre dieser und der anderen Bundeskongress-Reden in diesem Heft und insgesamt ein gutes neues und hoffentlich friedliches Jahr wünscht



Inhalt



Titel

04 Kathrin Vogler:
Pazifistische Standortbestimmung und Perspektiven

08 Margot Käßmann:
„Bertha von Suttner ist mir ein Vorbild.“

12 Guido Grünewald:
Frieden ist machbar! 125 Jahre DFG
15 Wir stellen uns den Kriegstreibern und Kriegsprofiteuren in den Weg: Das Ziel der Menschheit muss eine Welt ohne Krieg und Militär sein!
– Abschlussresolution des Bundeskongresses

16 Bernd Drücke:
Licht und viel Schatten

18 Die Wahlergebnisse für den BundessprecherInnenkreis, die Geschäftsführung und weitere Funktionen

18 Lob. Aufbruch. Skepsis. Verjüngung. Kritik. – Einschätzungen zum DFG-VK-Bundeskongress von einigen Delegierten

Antimilitarismus

21 Protest gegen den Auftritt des Bundeswehr-Marinemusikkorps im Dom zu Schleswig

Internationales

22 Gernot Lennert: Zypern: Geteilte und militarisierte Insel

23 Interview mit dem kurdischen Kriegsdienstverweigerer Halil Savda, der in Zypern politisches Asyl erhalten hat

Stoppt den Waffenhandel

14 Klaus Länger:
Sieben goldene Nasen in Augsburg
26 Jürgen Grässlin:
Fluchtgrund Waffenhandel

DFG-VK informativ

30 Michael Schulze von Glaßer:
„Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

28-29 Literatur **31** Briefe
31 Feldpost **27** Impressum



125 JAHRE DFG-VK DIE WAFFEN NIEDER!

Zum 21. ordentlichen Bundeskongress der DFG-VK, mit dem zugleich das 125. Jubiläum der Gründung der Deutschen Friedengesellschaft begangen wurde, trafen sich vom 10. bis 12. November 2017 in Berlin 100 Delegierte aus den DFG-VK-Gruppen und Landesverbänden.

Wir dokumentieren in diesem Heft die Reden und Vorträge von Kathrin Vogler, frühere DFG-VK-Bundessprecherin und jetzige Linke-Bundestagsabgeordnete, Margot Käßmann, frühere Landesbischof in und EKD-Ratsvorsitzende und DFG-VK-Mitglied seit 2016, sowie von Guido Grünewald, internationaler Sprecher der DFG-VK und einer der besten Kenner der Verbandsgeschichte, außerdem die Abschlussresolution des Kongresses und die Wahlergebnisse. Ergänzt wird das durch zahlreiche und sehr unterschiedliche Einschätzungen des Bundeskongresses von einigen Delegierten.

Pazifistische Standortbestimmung und Perspektiven

Auszüge aus dem Vortrag beim DFG-VK-Bundeskongress
Von Kathrin Vogler

1979 bin ich mit 15 Jahren in die DFG-VK eingetreten und noch heute trage ich stolz das zerbrochene Gewehr. Es ist das Symbol einer Überzeugung, die mein Leben bestimmt: Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Militarismus und Imperialismus sind eine Geißel und spätestens seit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki tragen sie den Keim der Vernichtung aller Zivilisation auf diesem Planeten in sich. Der Kampf gegen die atomare Hochrüstung im Kalten Krieg, gegen den Nato-Aufrüstungsbeschluss und die Stationierung von Mittelstreckenraketen, hat mich entscheidend geprägt.

Ich erinnere mich noch gut an meine erste DFG-VK-Veranstaltung im Hinter-

zimmer einer Kneipe in Emsdetten. Alois Stoff und Christa Clausen hielten ihren Diavortrag über die Geschichte der Friedensbewegung vom Kampf gegen die Remilitarisierung bis zu den Ostermärsschen. Von diesem Teil der Geschichte hatte ich, Schülerin eines konservativen Gymnasiums in einer ebenso konservativen Kleinstadt, noch nie etwas gehört. Ehrlich gesagt, hatte ich auch noch nie vorher Menschen über dreißig kennengelernt, die so widerständig waren und eine solche Lust an Protest und Veränderung ausstrahlten, die sich mit der offiziellen Politik, mit der Obrigkeit und, wenn es sein musste, auch mit Polizei und Werksschutz anlegten, um gegen Aufrüstung und Militarismus zu protestieren und eine atomare Bewaffnung Deutschlands zu verhindern.

Mich hat das unglaublich beeindruckt. Dass das DFG-VK-Bildungswerk NRW jetzt den Namen von Alois Stoff trägt, finde ich sehr passend, denn wir brauchen diesen widerständigen Geist, diese Lust am Widerspruch gegen ungerechte und unfriedliche Verhältnisse auch in unserer Bildungsarbeit.

Albert Einstein hat unter dem Eindruck der Atombombenabwürfe gesagt, er wisse nicht, mit welchen Waffen der dritte Weltkrieg geführt werde, aber im vierten werde ganz sicher mit Stöcken und Steinen gekämpft. Vermutlich ist das noch die optimistischere Vision. Denn inzwischen wissen wir, dass ein thermonuklearer Krieg ökologische Folgen haben wird, die es zweifelhaft machen, ob danach noch menschliches Leben auf dem Planeten Erde existieren kann.

Heute steht die Menschheit näher am Rand der Selbstvernichtung als im Jahr 1979. Damals stand die Atomkriegsuhr des Bulletins der amerikanischen Atomwissenschaftler auf neun Minuten vor zwölf, heute sind es nur noch zweieinhalb Minuten bis Mitternacht.

Es ist also höchste Zeit für ernsthafte Bemühungen, die Atomwaffen ein für alle Mal von dieser Erde zu verbannen, wir sind in dieser Frage, wie unser damaliger Vorsitzender Helmut Michael Vogel 1976 bei der Abrüstungsstafette sagte, bei Strafe des Untergangs zum Erfolg verurteilt.

Ein Lichtblick dabei ist das Abkommen über das Verbot von Atomwaffen, das in den Vereinten Nationen am 7. Juli dieses Jahres beschlossen wurde und seit dem 20. September zur Unterzeichnung freigegeben ist. Inzwischen haben 53 Staaten diesen Vertrag unterschrieben. Leider ist die Bundesrepublik Deutschland, ebenso wie die anderen Nato-Staaten und die atomwaffenbesitzenden Länder, bisher nicht dabei. Trotzdem ist dieses Abkommen ein Meilenstein auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt. Und deswegen können wir stolz darauf sein, in der Internationalen Kampagne gegen Atomwaffen mitgearbeitet und zu diesem Meilenstein beigetragen zu haben. Der nächste Schritt ist jetzt, der nächsten Bundesregierung Druck zu machen, das Abkommen zu unterzeichnen und die US-Atomwaffen aus Büchel abzuziehen. (...)

Schon Bertha von Suttner hat sich im 19. und frühen 20. Jahrhundert für internationale Vereinbarungen und Schiedsgerichte stark gemacht. Sie trat für Abrüstung und gegen die militaristische und chauvinistische Erziehung der Ju-

gend ein. Wenn ich mir heute die DFG-VK und ihre Projekte und Kampagnen ansehe, dann gibt es viele Parallelen: Mit der „Aktion Aufschrei“ kämpfen wir gegen Rüstungsexporte und in Büchel für die Abrüstung der Atomwaffen. Wir stehen gegen die Rekrutierung von Minderjährigen in die Bundeswehr und stören die Werbefeldzüge des Militärs an Schulen und auf Berufsmessen.

„Wie die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten 1914“

Das Thema meines Beitrags hier habe ich so verstanden, dass ich skizzieren soll, welche Herausforderungen ich für PazifistInnen und AntimilitaristInnen aktuell sehe und welche Fragen sich für die aktuelle Theorie und Praxis der DFG-VK daraus ergeben.

Ich tue dies auch vor dem Hintergrund meiner Erfahrungen als Abgeordnete in einem Parlament, das seit Beginn der Bundeswehreinsätze außerhalb des Nato-Gebiets noch nicht einen Antrag der Bundesregierung zu Militärinterventionen abgelehnt hat und das, obwohl es die Möglichkeit hätte, noch nie einen Bundeswehreinsatz gegen den Willen der Bundesregierung beendet hat. Auch hat dieses Parlament bis heute ein würdiges Gedenken an die Opfer des Massakers von Kundus verweigert, das ein deutscher Oberst veranlasst hat. Alle diesbezüglichen Anträge der Linkenfraktion wurden bislang von der Mehrheit abgelehnt.

Als wir 1993 mit einigen AktivistInnen aus der DFG-VK, der Friedenskooperative, dem Büro für notwendige Einmischung und Pax Christi vor dem Kanzleramt, damals noch in Bonn, gegen den Bundeswehreinsatz in Somalia demonstrierten, gab es Salamischeiben für alle. Die Wurst war natürlich ein Symbol für die Salamatik der damaligen Bundesregierung: Scheibchenweise sollte die Öffentlichkeit daran gewöhnt werden, dass die Bundeswehr zu einer Armee umgebaut wird, die überall in der Welt deutsche Interessen gewaltsam durchsetzen soll. Genau das hatte die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP in den verteidigungspolitischen Richtlinien festgehalten: Die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des freien und sicheren Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt wurde nun ganz offiziell zur Aufgabe der Bundeswehr erklärt. Der Unterstützungsseinsatz in der somalischen Wüste für indische Blauhelme, die übrigens nie dort ankamen, war nur ein Vorgeschmack. Der Charakter

der Einsätze wurde immer offensiver, bis hin zum völkerrechtswidrigen Angriff auf Jugoslawien.

Das hätten wir uns übrigens 1993 nichtträumen lassen, dass es ausgerechnet SPD und Grüne sein würden, die die Bundeswehr in diesen Angriffskrieg schickten. Die meisten Friedensbewegten und auch viele DFG-VK-Mitglieder fühlten sich ja am ehesten einer dieser beiden Parteien verbunden. 1999 haben wir erfahren, wie schnell sich politische Weltbilder verändern können. Noch am 14. März 1998 hat der spätere Außenminister Joschka Fischer der Taz in den Interviewblock diktiert: „Wir lehnen militärische Friedenserzung ab. Das ist ein Satz, den ich in dieser Grundsätzlichkeit nicht im Programm gestrichen sehen will.“ Nur ein Jahr später hielt der selbe Mann in Bielefeld auf dem Parteitag der Grünen eine hoch emotionale Rede, mit der er die Delegierten seiner Partei dazu brachte, die Bomben auf Belgrad weiter hinzunehmen.

Viele von uns empfanden das als Verrat an der gemeinsamen Sache, vergleichbar etwa der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten 1914. Diejenigen, mit denen wir zusammen bei Ostermarschen gelaufen sind und in Mutlangen vor den Toren des Atomwaffenarsenals gesessen haben, vertraten nun einen militärischen Interventionismus, den sie auch noch mit Menschenrechten begründeten.

Sobald sie politische Verantwortung in der Bundesregierung hatten, machten sie das Gegenteil von dem, was sie zuvor verkündet und in ihrem Wahlprogramm fixiert hatten. Damit haben sie auch die Friedensbewegung gespalten, so dass diese in dieser kritischen Situation nicht die Kraft hatte, dem neuen rot-grünen Militarismus kräftig in den Arm zu fallen.

Stärkung der Friedensbewegung

Jetzt werden sicher einige von euch fragen: Wie würdest du dich denn entscheiden, wenn deine Partei vor einer solchen Entscheidung stünde, entweder Ja zu sagen zu einem Kriegseinsatz der Bundeswehr oder eine Regierungskoalition platzen zu lassen? Die Frage ist berechtigt, und wir diskutieren das auch in unserer Partei. Denn bekanntlich gibt ja bei uns auch einzelne Leute, die meinen, Die Linke müsste sich in der Außenpolitik irgendwie auf SPD und Grüne zu bewegen, damit endlich eine Mehrheit links von der CDU/CSU zustande kommen kann.

Und dann stellt sich eben die Frage, ob man ein eventuelles Mehr an sozialer Gerechtigkeit mit Abstrichen in der Friedensfrage erkaufen sollte.

Ich lehne das natürlich ab. Allerdings: Ehrlich gesagt, sehe ich im Moment gar keinen Anlass für solche Debatten. Wir sind im Augenblick weiter denn je von einer parlamentarischen Mehrheit diesseits der Unionsparteien entfernt als zuvor. Und wir haben gesehen, dass selbst rechnerische Mehrheiten im Bundestag sich nicht automatisch in alternative Politik verwandeln lassen. Dafür braucht es auch eine entsprechende Stimmung in der Bevölkerung und starke progressive Kräfte außerhalb des Parlaments, die wirklich spürbaren Druck machen für Veränderungen.

Oder meint hier irgendjemand, dass eine noch so gutwillige Mitte-Links-Regierung einen Ausstieg aus den Bundeswehreinsätzen, aus den Rüstungsexporten und/oder aus der nuklearen Teilhabe der Nato politisch durchhalten könnte, wenn sie nicht von einer unübersehbaren und unüberhörbaren Friedensbewegung dazu gedrängt würde? Und, ganz ehrlich, wo ist sie jetzt, diese starke Bewegung? Wir sollten uns vornehmen, dass die DFG-VK sich um den Aufbau einer außerparlamentarischen Bewegung kümmert, die so stark, selbstbewusst und unabhängig ist, dass künftige Bundesregierungen, egal in welcher Farbkombination, nicht an ihr vorbei kommen. Und daran möchte ich gerne mitarbeiten.

Niemals der verlängerte Arm politischer Parteien sein

Das bedeutet auch, dass die Friedensbewegung sich niemals zum verlängerten Arm einer oder mehrerer politischer Parteien machen lassen darf. Wir können und dürfen uns nicht darauf verlassen, dass bestimmte Parteien oder einzelne Abgeordnete in so einer Situation nicht umfallen.

Im Gegenteil: Wir müssen es sein, die Impulse setzen und friedenspolitische Themen auf die Tagesordnung der Parteien und Parlamente bringen.

Die DFG-VK hat immer dann erfolgreich auf die Politik Einfluss genommen, wenn sie ganz konkrete Forderungen, die im Alltagsbewusstsein vieler Menschen eine Rolle spielten, mit Aktionen und Kampagnen in die Öffentlichkeit bringen konnte. Ein Beispiel aus dem Jahr 1989 war die gemeinsame Erklärung mit der IG-Metall „Kriegsdienstverweigerung als Zukunftssicherung“, die

die Regierungsparteien so empörte, dass sie eine Aktuelle Stunde im Bundestag aufsetzten. All ihre Empörung und alle Schikanen gegen Kriegsdienstverweigerer wie der verlängerte Zivildienst nutzten jedoch nichts, die Zahl der Kriegsdienstverweigerer stieg und stieg und stieg bis zur Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht im Jahr 2011. Und das war auch einer der großen Erfolge unserer Arbeit. Wir vernachlässigen ja oft, solche Erfolge richtig herauszustellen und gebührend zu feiern. Denn uns ist immer bewusst, wie viele Schritte wir noch vor uns haben. Doch wir sollten uns immer klar machen, dass auch kleine Erfolge Mut machen können, sich gegen alle Widerstände für eine friedlichere Welt einzusetzen. Und wer immer nur Niederlagen einsteckt oder zumindest so tut, als würde alles immer schlechter und schlechter, der darf sich nicht wundern, wenn sich nur wenige Menschen finden, die ihre Energie und ihre Lebenszeit für solch ein scheinbar aussichtloses Unterfangen einsetzen wollen.

Zurück zur Wehrpflicht: Wir haben ja übrigens neuerdings eine Partei im Bundestag, die sich zwar Nato-kritisch gibt, aber alles andere als antimilitaristisch ist. Die AfD möchte die Wehrpflicht wieder aktivieren, die Bundeswehr aufrüsten und die Wehrmacht zum Bezugspunkt der Traditionspflege machen. (...) Die AfD treibt die Debatte in unserem Land weiter nach rechts. Mit völkisch-nationalen Gedankengut, Hetze gegen Muslime und unverhohlenem Rassismus. Und jetzt hat sie auch noch Zugriff auf 92 Abgeordnetenbüros mit entsprechenden Mitarbeiterstellen und noch besserem Zugang zu den Hauptstadtredaktionen. Was das mit dem politischen Klima im Land und mit unseren Möglichkeiten macht, dürfen wir nicht unterschätzen.

Wie sollen wir damit umgehen, wenn auch bei Friedensaktionen Leute auftauchen, die eine ganz andere Agenda verfolgen? Nun, zunächst rate ich zu großer Gelassenheit, aber auch zu großer Klarheit. Wer auf unseren Aktionen und Veranstaltungen das Wort bekommt, welche Slogans und Transparente gezeigt werden, bestimmen immer noch wir.

Wir können auch durch entsprechende Gestaltung der Aufrufe deutlich machen, dass die Friedensbewegung internationalistisch, weltoffen und bunt ist und dass wir völkisches Gedankengut ablehnen. Und gerade heute finde ich, wir sollten auch die Geflüchteten und Asylsuchenden in unsere Aktionen mit einbeziehen. Es geht nämlich nicht da-

rum, selbst Abgrenzung zu betreiben, sondern die Grenzziehungen in unserer Gesellschaft zu überwinden.

In der Weimarer Republik war die DFG eine der bewusstesten antifaschistischen Kräfte, sie sagte klar voraus, dass Stahlhelm und Hakenkreuz Deutschlands Untergang sein würden. Dafür bezahlten viele ihrer Mitglieder mit KZ, Haft und Exil. Kriegsdienstverweigerer und Deserteure wurden von Nazi-Richtern wie dem späteren CDU-Ministerpräsidenten Filbinger zum Tode verurteilt. Und Carl von Ossietzky starb nach schweren Misshandlungen im KZ Esterwegen kurz nach seiner Freilassung. Für uns ist daher klar, wo unsere schlimmsten politischen Gegner stehen: Überall da, wo die Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen verbreitet wird, wird sie auf den entschiedenen Widerspruch von uns Pazifistinnen und Antimilitaristinnen treffen.

Wir hatten nun heftige Auseinandersetzungen, was das für die Bündnisarbeit der DFG-VK bedeutet. Und ich finde, wir müssen aus dem Untergang der Weimarer Republik im Nationalsozialismus eine historische Konsequenz ziehen: So selbstverständlich, wie wir nicht mit Nazis und Rechtsextremen zusammenarbeiten, genauso selbstverständlich sollten wir einer Totalitarismus-Theorie entgegentreten, die eine Gemeinsamkeit von linken und rechten Ideologien konstruieren will, die angeblich beide darauf zielen, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu überwinden. Die Zerstörung der Weimarer Republik wird als Ergebnis der Angriffe von links und von rechts umgedeutet, wobei die Rolle der Bürgerlich-Konservativen, der Militaristen und des Großkapitals beim Aufstieg der NSDAP zur Macht geflissentlich übersehen wird. (...)

Wenn es politische Strömungen in diesem Land gegeben hat, die Hitler den Weg bereitet haben, dann sind das der Militarismus und der Chauvinismus gewesen, auch wenn sie in bürgerlichem Gewand daher kamen. Ich finde, wir dürfen uns diese Ungerechtigkeit, diese Vergewaltigung der Geschichte, nicht gefallen lassen!

Quellen des Pazifismus

Pazifismus, so wie wir ihn verstehen, ist ja nicht das stille Dulden von Gewalt und Ungerechtigkeit, im Gegenteil. Der Pazifismus hat sich immer aus zwei geistigen Quellen gespeist. Die eine Quelle ist eine Ethik der Mitmenschlichkeit, das Mit-Leiden am Leiden anderer. Was

mich zur Pazifistin gemacht hat, waren die Bilder verbrennender Kinder in Vietnam und verhungernder Kinder in Biafra.

Heute müssten die Bilder überfüllter Schlauchboote im Mittelmeer und an Land treibender Leichname, die Bilder von Cholerakranken im Jemen und zerstörten Städten in Syrien dieselbe Wirkung auf alle Menschen haben, die ihre Empathie noch nicht ganz verloren haben. Die Empörung über Gewalt und Zerstörung, die Wut auf eine Gesellschaft, die Massenmord als Mittel der Politik zulässt, und der Abscheu vor Gewissenlosigkeit und Kadavergehorsam sind starke Motive für die Entscheidung, den Krieg und alle seine Wurzeln mit aller Konsequenz zu bekämpfen. Übrigens ist es auch genau das, was ich unter Bekämpfung von Fluchtursachen verstehe. Deswegen sollten wir die Geflüchteten, die heute bei uns leben, auch als politische Subjekte wahrnehmen und mit ihnen gemeinsam für friedliche und gewaltfreie Lösungen der Konflikte in ihren Herkunftsändern streiten.

Die andere Quelle des Pazifismus ist die Vernunft. Krieg ist, wie Willy Brandt einmal formuliert hat, die Ultima Irratio, die äußerste Unvernunft. Leider ist diese Erkenntnis vielen seiner Enkelkinder inzwischen abhanden gekommen.

Vor allem die Vernunft wird uns ja immer wieder von unseren politischen Gegnerinnen abgesprochen. Da heißt es, Pazifistinnen seien gefühlsduselig und naiv, sie ignorierten die Machtverhältnisse und überschätzten die Möglichkeiten politischer, nicht-militärischer Intervention in Krisen und Kriege.

Da wird dann gerne ein so genannter „Verantwortungspazifismus“ konstruiert, der im Gegensatz zu einem angeblichen „Gesinnungspazifismus“ eben wisst, dass der Frieden auch mit kriegerischen Mitteln gesichert werden müsse und dass Gewalt eben nur mit Gewalt begegnet werden könne.

Ich frage mich: Was ist eigentlich rational an einer Politik, die die Ressourcen unseres Planeten und die Fähigkeiten von Millionen Menschen nicht für die Verbesserung der Lebensgrundlagen und die Bekämpfung von Hunger, Armut und vermeidbaren Krankheiten einsetzt, sondern in sehr viel größerem Maße für Arsenale der gegenseitigen Zerstörung und Vernichtung?

Was ist rational daran, alle möglichen Staaten auf dieser Welt mit Waffenlieferungen aufzurüsten und die damit angeheizten Konflikte dann militärisch einzämmen zu wollen? Und was bitte ist ei-

gentlich rational an einem so genannten Krieg gegen den Terror, der die Gefahr von Terroranschlägen nicht etwa verringert, sondern vervielfacht hat?

Die Militärinterventionen der letzten 25 Jahre haben die Welt nicht sicherer, sondern unsicherer gemacht. Sie haben Millionen Menschenleben gekostet. Die Medizinzeitschrift The Lancet hat schon 2013 eine Zahl von 5,4 Millionen Kriegstoten seit 1945 ermittelt. (...)

Es kann sein, dass diese Kriege aus der Perspektive von Rüstungsunternehmen oder aus der Perspektive von Söldnerfirmen wie Blackwater rational sind.

Aus der Perspektive der Mehrheit der Menschen, hier und dort, die eigentlich nichts anderes wollen, als in Frieden ihre Kinder und Enkelkinder aufwachsen zu sehen, ist der Militärinterventionismus zutiefst irrational.

Liebe Freundinnen und Freunde, eines müssen wir uns immer klar machen: Wir sind in diesem Land klar in der Minderheit. Wenn wir uns ernsthaft in der politischen Landschaft umschauen, dann stellen wir fest, dass es zwar regelmäßig Umfragen gibt, in denen große Mehrheiten der Bevölkerung die Bundeswehreinsätze, die Aufrüstungspläne, die Atomwaffenstationierung oder die Rüstungsexporte in Kriegsgebiete ablehnen, dass diese Mehrheiten sich aber weder auf der Straße noch auf dem Wahlzettel angemessen widerspiegeln.

Deswegen sehe ich eine der zentralen Aufgaben für die DFG-VK und für die Friedensbewegung darin, eine neue Protestkultur zu entwickeln, die pazifistische Politik und die Durchsetzung konkreter Forderungen in diesem Land überhaupt wieder möglich macht.

Wie kann das aussehen?

Ich sehe vor allem drei Themenbereiche, in denen es möglich ist, gesellschaftliche Bewegung weit über unsere engen Kreise hinaus zu erzielen:

Erstens die Frage der Atomwaffen, die ich schon ganz am Anfang erwähnt habe. Immer wieder behaupten die Regierenden, auch sie stünden für eine atomwaffenfreie Welt. Aber sie tun nichts oder weniger als nichts dafür, dass sie Wirklichkeit wird.

Der Konflikt zwischen Trump und Kim, aber auch der Verbotsvertrag der Vereinten Nationen, hat dieser Debatte eine unglaubliche Aktualität gegeben. Die DFG-VK mit ihren Landesverbänden und Ortsgruppen wäre geeignet, von unten Bündnisse aufzubauen, die sich neu um diese Frage kümmern. Schaffen wir die Atomwaffen ab, bevor sie uns abschaffen!

Zweitens die Rüstungsexporte. Dabei ist mir wichtig, Rüstungsexporte nicht nur als eine Frage von Zahlen zu behandeln, also danach zu fragen, was wann woher geliefert wurde. Es kommt auch darauf an, den Opfern deutscher Waffen ein Gesicht, Namen und Stimme zu geben.

Drittens die Frage der Rüstungsausgaben. Der Rüstungshaushalt soll nach den Nato-Forderungen nahezu verdoppelt werden. Und das in einer Situation, in der immer mehr Menschen keinen bezahlbaren Wohnraum finden, Schulen zerbröseln, Bibliotheken und Schwimmbäder geschlossen werden müssen und wir gesellschaftlich dringend mehr Geld für eine sozial verträgliche Energiewende und die Integration der Geflüchteten benötigen.

Hier lässt sich die soziale Frage unmittelbar mit der Friedensfrage verbinden. Und wir können die Auseinandersetzung mit der Rolle und Aufgabe der Bundeswehr ganz konkret führen. Denn im Wesentlichen sollen die erhöhten Rüstungsausgaben ja für eine bessere Einsatzfähigkeit der Bundeswehr im Rahmen von Nato- und EU-Militäreinsätzen sorgen. Ich rate übrigens davon ab, bei dieser Debatte den Begriff „Zwei-Prozent-Ziel“ zu benutzen, der die Dramatik der Aufrüstungspläne nur verschleiert. De facto geht es um eine Verdoppelung der Rüstungsausgaben und damit um die gigantischste Aufrüstung seit der Gründung der Bundeswehr.

Am Montag wurde der Aufruf „Abrüsten statt Aufrüsten“ veröffentlicht, der bis gestern Mittag schon 6.500 Online-Unterschriften erreicht hat. Dieser Aufruf könnte zum Ausgangspunkt einer neuen friedenspolitischen Debatte in diesem Land werden und ich würde mich freuen, wenn die DFG-VK sich hier aktiv einbringt.

Wo soll es also hingehen? Ich glaube, dass da immer noch die Worte von Bertha von Suttner aktuell sind. Sie sagte:

„Der Weltfrieden ist keine Frage der Möglichkeit, sondern der Notwendigkeit. Es ist nicht das Ziel, sondern der normale Zustand der menschlichen Zivilisation. Wir dürfen nicht denken, dass wir diesen Zustand erreicht haben, solange wir noch von den Grausamkeiten der Kriege belastet sind. Die Höherentwicklung der Welt muss auf dem Weltfrieden basieren.“

Kathrin Vogler war DFG-VK-Geschäfts-führerin und -Bundessprecherin. Seit 2009 ist die für Linken-Bundestagsabgeordnete.

„Bertha von Suttner ist mir ein Vorbild.“

Festvortrag zum 125. Jubiläum der Deutschen Friedensgesellschaft beim DFG-VK-Bundeskongress
Von Margot Käßmann

Im Folgenden werde ich ein paar persönliche Erfahrungen benennen (...), danach auf das Friedensengagement der Kirchen zu sprechen kommen, um anschließend heutige Aufgaben des Pazifismus zu benennen.

■ Biografische Erfahrungen

Bisher hat keine meiner Predigten so viel Resonanz hervorgerufen wie die im ZDF-Fernsehgottesdienst aus der Frauenkirche in Dresden am Neujahrstag 2010. Dabei erregte nicht die ganze Predigt die Gemüter, sondern nur ein kurzer Abschnitt. „Nichts ist gut in Afghanistan...“, beginnt dieser. Die Predigt insgesamt haben sicher nur wenige im Fernsehgottesdienst gehört oder später nachgelesen. Allein an diesem Abschnitt, im Predigtmanuskript 15 Zeilen lang, nahmen viele Anstoß. Eine Zeitung startete mit diesem einen Satz offensiv eine Umfrage: „Was halten Sie von dem, was die Bischöfin der hannoverschen Landeskirche und Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland da sagt?“ Es hagelte heftige und teilweise hämische Reaktionen: Ich würde die deutschen Soldaten in Afghanistan im Stich lassen, ich sei naiv, anmaßend, bis hin zu der Aufforderung des damaligen Wehrbeauftragten des Bundestages, Reinhold Robbe, ich sollte mich doch mit den Taliban in ein Zelt setzen und bei Kerzenlicht beten.

Mich erreichte allerdings auch eine Welle von zustimmenden und ermutigenden Briefen und Mails, die mir geholfen hat, meine Position nicht als absurd anzusehen, sondern mich getragen zu wissen von vielen Menschen, die gleicher Überzeugung sind. Aber die Hefzigkeit der kritischen Stimmen hat mich doch befremdet.

Wohlgemerkt: Die rechtliche Legitimität des deutschen Einsatzes stand nicht infrage; der Bundestag hatte ihn 2001 mit Mehrheit beschlossen. Aber wie kann jemand davon überrascht sein, dass meine Kirche trotzdem zum Frieden mahnt? Zunächst 1 250 Soldaten für sechs Monate, dann 4 500 und acht Jahre später die Frage, ob es mehr bewaffnete Streitkräfte sein sollen - das muss

doch zu Fragen Anlass geben! Wer wird denn von einer Bischöfin, oder von einem anderen Christenmenschen, etwas anderes erwarten, als dass sie sich auf das Wort Jesu im Matthäusevangelium bezieht: „Selig sind, die Frieden stiften“? Was wäre denn gewesen, wenn ich gefordert hätte, wir sollten in der Tat schlicht mehr Soldaten schicken, mehr Waffen liefern? Gerade mit Blick auf die Vergangenheit ist mir wichtig, dass Kirchen deutlich für das „Frieden schaffen ohne Waffen“ plädieren.

Heute denke ich, die Debatte war Anfang 2010 deshalb so heftig, weil mit dem von einem deutschen Oberst im September 2009 ausgelösten Angriff auf Tanklastwagen, bei dem weit über 100 Zivilisten ums Leben kamen, plötzlich klar wurde, dass deutsche Soldaten in Afghanistan eben nicht nur Schulen bauen und Brunnen bohren, sondern kämpfen. Viel zu lange haben wir uns im Land um die Debatte gedrückt, ob deutsche Soldaten nach 1945 außerhalb von Nato-Staaten zu Kampfeinsätzen geschickt werden. Stattdessen wurde das schleichend selbstverständlich bis dahin, dass ein Verteidigungsminister über die Anschaffung von Drohnen nachdachte, ohne dass dies allzu große Verwunderung auslöste. In der Sendung „Monitor“ vom 27. September 2012 sagte Verteidigungsminister Thomas de Maizière: „Gezieltes Töten ist ein Fortschritt.“ Kann das sein, dass wir gezielt töten wollen? Ohne Beteiligung anderer keine menschlichen Gegner mehr, sondern Maschinen, die für uns töten! Ich bin grundsätzlich gegen Krieg, aber hier werden nicht einmal mehr die Minimalia des „gerechten Krieges“ beachtet, von der Suche nach einer prioritären Option für den gerechten Frieden ganz zu schweigen. (...)

Wer sich als Christin, als Christ für den Frieden einsetzt, dem wird schnell die Kirchengeschichte entgegengehalten. Wie war das mit den Kreuzzügen? Wurde da nicht fortdauernder Hass geschürt? Was ist mit Hexenverfolgung und Inquisition - ist das Christentum per se gewalthaltig? Wie viele Pogrome wurden kirchlich legitimiert! Ich persönlich bin überzeugt, dass die Kirche

in die Irre gegangen ist, wann immer sie Gewalt legitimiert hat. Jesus Christus war kein Aufrührer mit der Waffe in der Hand. Er hat Frieden gepredigt, nicht Krieg, Feindesliebe, nicht Hass. Und so absurd die Aufforderung war, mit den Taliban in einem Zelt bei Kerzenlicht zu beten: In der Bergpredigt heißt es: „Ich aber sage euch: Liebt eure Feinde und bittet für die, die euch verfolgen ...“ (Mt 5,44). Das ist christliche Maxime. (...)

Das Thema Krieg hat in meiner Kindheit eine große Rolle gespielt. Meine Eltern hatten hautnah erlebt, was Krieg bedeutet, der Verlust der Heimat in Hinterpommern hat die Familie mütterlicherseits geprägt. „Nie wieder Krieg!“, das war ein cantus firmus bei uns Zuhause, also die „Hauptmelodie“.

Der Vietnamkrieg hat mich deshalb schockiert. Die Bilder der von Napalmbomben gezeichneten Kinder standen in aller Welt vor Augen. Als der Krieg am 1. Mai 1975 offiziell beendet wurde, war ich mit einem Stipendium in den USA und hatte in den Diskussionen erlebt, dass viele Amerikaner es als Schande ansahen, einen Krieg „verloren“ zu haben. Umso mehr überzeugte mich Martin Luther King. Er hatte schon seit 1965 für Verhandlungen plädiert und wurde Sprecher der Anti-Kriegsbewegung. Er vertrat konsequent die Auffassung, dass sich Konflikte gewaltfrei lösen lassen, in Familien, Gesellschaften, zwischen Nationen. Die Menschen könnten Gewaltlosigkeit lernen, davon war er überzeugt. Er vertraute auf die Kraft der Liebe ganz im Sinne Jesu. So brachte er die alten biblischen Texte in seinen Ansprachen immer wieder ganz aktuell zum Klingen. Mich hat das begeistert und immer wieder ermutigt, diesen Standpunkt zu vertreten. Dass die Worte Jesu von der Feindesliebe eine ungeheure Wirkung entfalten können, erlebe ich auch heute. Sie werden belacht, sie regen Menschen auf, sie erzeugen Widerspruch - aber sie lassen nicht kalt.

Mich hat beeindruckt, dass Martin Luther King die Kraft hatte, bei seiner pazifistischen Grundüberzeugung zu bleiben und sie durchzuhalten, auch als beispielsweise in Birmingham im US-Bundesstaat Alabama am 15. Septem-

ber 1963 eine Bombe in der Sonntagschule einer baptistischen Kirche explodierte, vier kleine schwarze Mädchen tötete und 21 weitere Kinder verletzte. Der Ku-Klux-Klan zeigte sich stolz auf diese Tat – das erinnert an den IS, der sich stolz zu Attentaten bekannte, bei denen Kinder sterben. Muss da nicht Gewalt die Antwort sein – das ist die Frage damals wie heute. Martin Luther King hielt eine bewegende Traueransprache für die Kinder, aber er ließ sich nicht verführen, Gewalt zu befürworten.

Immer wieder bin ich mit der Frage konfrontiert worden, ob nicht angesichts dieses Terrorattentats oder jener humanitären Katastrophe Gewalt die allein mögliche Antwort sei. Ob nicht alles andere lächerlich und naiv oder beides sei. Ich halte es nicht für naiv, weil ich nicht sehe, dass ein militärischer Einsatz in den letzten Jahrzehnten wahrhaftig zum Frieden geführt hätte, zu echtem, tiefem Frieden. Sprechen erst einmal die Waffen, ist Waffenstillstand schwer zu erreichen, und gerade wir als Deutsche wissen, wie furchtbar lange es dauert, bis Frieden wird – im Land und in den Menschen. Mich tröstet, dass Martin Luther King – wie im übrigen alle anderen Pazifisten, sei es Gandhi, sei es Bertha von Suttner – ebensolche Fragen über sich ergehen lassen mussten.

Vorbild war und bleibt mir King auch, weil er sich nicht zurückdrängen ließ. „Weil ich Prediger aus Berufung bin...“, so begründet er sein Engagement gegen den Vietnamkrieg. In diesem Vortrag weist er die Anfragen zurück, wie er sich denn in diesen Krieg einmischen könne. Bürgerrechtler ja, aber was verstehe er von Vietnam, wurde gefragt. King zeigt sehr klar die Zusammenhänge: In Vietnam kämpften junge schwarze Soldaten für eine Freiheit, die sie zu Hause gar nicht hatten. Sie zerstörten die Häuser von Menschen, die von den USA ebenso unterdrückt wurden wie sie selbst. Und die Gelder, die in den Krieg flossen, sie wurden der Armutsbekämpfung im eigenen Land entzogen. Gerechtigkeit und Frieden, sie sind unmittelbar miteinander verknüpft. Das ist mir persönlich im Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung klar geworden, für den ich mich jahrelang engagiert habe.

(...) Jetzt aber zum

Friedensengagement der Kirchen

Am 2. August 1914 spricht der Berliner Hof- und Domprediger Bruno Doehring



Margot Käßmann: „Das Engagement aller Mitglieder der DFG-VK wird gebraucht, heute mindestens so sehr wie in den letzten 125 Jahren.“

von den Stufen des Reichstags zu einer großen Volksmenge in einem improvisierten Gottesdienst: „Ja, wenn wir nicht das Recht und das gute Gewissen auf unserer Seite hätten, wenn wir nicht – ich möchte fast sagen handgreiflich – die Nähe Gottes empfänden, der unsere Fahnen entrollt und unserm Kaiser das Schwert zum Kreuzzug, zum heiligen Krieg in die Hand drückt, dann müssten wir zittern und zagen. Nun aber geben wir die trutzig kühne Antwort, die deutlichste von allen deutschen: Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt!“

Bei solcher Predigt graust es mir gut hundert Jahre später. Hier haben Menschen Ideologie und Zeitgeist mehr gehorcht als dem Gott, der die Ohnmacht am Kreuz kennt. Es ist erschreckend, wie der Kollege damals diese Kriegstreiberei mit der Botschaft Jesu hat in Verbindung bringen können. Auf allen Seiten waren die Kirchen Europas Teil eines national verblendeten Getöses. Doch es gab Ausnahmen. So sandte der schwedische Erzbischof Nathan Söderblom im September 1914 von Uppsala aus einen Friedensaufruf an die Kirchenverantwortlichen Europas. Deren Reaktionen allerdings sind aus heutiger Sicht beschämend. Deutschen, französischen und britischen Kirchenleitern war die Verbundenheit zur Nation wichtiger als die christliche Friedensbotschaft.

Und, nebenbei bemerkt, da waren sie nicht die Einzigen, bei denen zuvor geäußerte Überzeugungen nach dem Beginn des Krieges 1914 keine große Rolle mehr spielten: Im November 1912 hatte die Sozialistische Internationale in Basel – genauer: sogar im Basler Münster mit Zustimmung und Unterstützung der dortigen Kirchengemeinde – einen internationalen Friedenskongress mit über 500 Delegierten aus 23 europäischen Ländern veranstaltet unter dem Motto: Krieg dem Kriege! Nach dem Sommer 1914 schlachteten sich dann die Sozialdemokraten und Sozialisten, die Gewerkschafter und Arbeiter aus den am Ersten Weltkrieg beteiligten Staaten gegenseitig ab. Gezwungenermaßen. Und leider gab es keine Generalstreiks und keine massenhaften Kriegsdienstverweigerungen.

Gott sei Dank haben die Kirchen und die Christen seitdem gelernt. Vor hundert Jahren war der deutsche Protestantismus dem Kaiser als Oberhaupt der Kirche auf's Engste verbunden; Kirchenmitglieder wie Kirchenleitungen lehnten mehrheitlich die Weimarer Republik vehement ab und bejahten dann den Nationalsozialismus.

Inzwischen sind wir froh über die Trennung von Staat und Kirche und die jeweilige Freiheit, die das bringt. Der Protestantismus heute bejaht die Demokratie mit Meinungsfreiheit, Redefrei-

Titel	
heit, Religionsfreiheit. Die Evangelische Kirche spricht nicht mehr von „gerechtem Krieg“, sondern allein von „gerechtem Frieden“. Das ist keine Phrase, sondern das Ergebnis vieler durchlittener Erfahrungen.	eigene Vorstellungen durchzusetzen. Die blutigen Schlachtfelder von Verdun liegen heute in den Ebenen des Zwei-stromlandes oder in Zentralafrika. Und immer leiden zuerst die Kinder und werden traumatisiert fürs Leben. Der Krieg zerstört nicht nur Städte und verwüstet Felder, er prägt die Kinder, Enkel und Urenkel der Täter und der Opfer.
Wir haben gelernt, dass es auch gilt, widerständig zu sein. Zum einen von jenen, die aus Glaubens- und Gewissensgründen Widerstand gegen die Nationalsozialisten geleistet haben, als unsere Kirche mehrheitlich versagt hat und sich nicht schützend vor die verfolgten Juden, Sinti und Roma, Kommunisten und Homosexuellen stellte. Und von denen, die in der DDR die Türen weit aufgemacht haben für freie Rede, Auseinandersetzung und Kritik auch am Staat und so eine friedliche Revolution möglich gemacht haben. Diesen Erfahrungsschatz gilt es nun zu nutzen für eine glaubwürdige Haltung in unserer Zeit. Da sind die reformatorischen Kirchen in aktuellen Fragen gefordert.	Gewalt und Krieg können nicht mit Gott legitimiert werden, das haben die reformatorischen Kirchen schmerhaft gelernt. Religion darf sich nicht missbrauchen lassen, um Öl in das Feuer ethnischer, religiöser, nationaler oder wirtschaftlicher Konflikte zu gießen. Zum Frieden zu rufen, ist ihre Aufgabe. Die Reformatoren wollten einen freien Glauben, in dem Menschen selbst lesen, frei denken, Fragen stellen dürfen und das eigene Gewissen schärfen können. Es braucht diesen gebildeten, selbtkritischen Glauben, um jeder Form von Fundamentalismus zu widerstehen und den Verlockungen von Hass und Gewalt. Das können wir weitergeben aus bitterer Erfahrung: Krieg kann nicht gerecht sein.
Gerade im gegenwärtigen Ukraine-Konflikt ist es wichtig, die Stimme des Friedens hörbar zu machen – gegenüber Wladimir Putin, aber auch gegenüber allen, die jetzt Russland als Feind sehen wollen. Mehr als 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten und mehr als 75 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges, 25 Jahre nach dem Fall der Mauer herrscht in Europa mancherorts wieder Kriegsangst. Anders als 1914 aber rufen Europas Kirchen nicht mehr zum Krieg auf. Sie sehen es als ihre Aufgabe, gegen die zunehmenden Abgrenzungen und Anfeindungen die Friedensbotschaft Jesu zu setzen, einzutreten für Interessensaustausch und Verhandlungslösungen. Das aber müssen sie auch vernehmbar tun. Die Stimme der europäischen Kirchen inklusive der russisch-orthodoxen sollte viel stärker hörbar sein. Geschieht das nicht, bleibt die Frage: Was sind jene Dialoge wert, die wir über Jahrzehnte geführt haben? Was hat es gebracht, so miteinander zu ringen, wenn nun die Kraft fehlt, die vermeintlich erreichte Gemeinsamkeit auch erfahrbar zu machen über nationale und konfessionelle Grenzen hinweg? (...)	Ganz klar ist doch heute, dass zivile Mittel immer mindestens Vorrang haben müssen vor militärischen. Wer aber sieht, wie pazifistische Positionen in Frage gestellt sind, ja lächerlich gemacht werden, wie militärische Einsätze mit humanitären Zielen begründet werden, dass Deutschland zur drittgrößten Rüstungsexportnation aufgestiegen ist, dem wird bewusst: Es gilt, wach und wachsam zu bleiben. Gerade was die Rüstungsexporte betrifft, wird doch glasklar: Wir können und dürfen nicht die Kriege dieser Welt beklagen und gleichzeitig an ihnen verdienen!
Doch im Zeitalter von Drohnen und Massenvernichtungswaffen kann niemand mehr Krieg als ein Werkzeug Gottes sehen. Der Kriegstaumel von Sunnitern und Schiiten im Irak, die jeweils zum angeblich „heiligen Krieg“ aufrufen, erinnert erschreckend an den Dreißigjährigen Krieg in Europa wie an das „Gott mit uns“ auf den Koppelschlössern der Soldaten in beiden Weltkriegen. Wieder wird der Name Gottes missbraucht, um	Wir haben wenige Vorbilder, die so wachsam waren. Zu denken ist an Dietrich Bonhoeffer, der die ökumenische Bewegung als Friedensbewegung gesehen hat. An Friedrich Siegmund-Schultze, der immer wieder zum Frieden mahnte. Siegmund-Schultze war übrigens der Gründer der Zentralstelle KDV, in der die DFG-VK jahrzehntelang maßgeblich mitarbeitete und deren ich Präsidentin ich einige Jahre sein durfte. In die Reihe dieser Vorbilder gehört auch Martin Niemöller. Der Präsident der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau war ab 1957 Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft, ab 1958 auch der Internationale der Kriegsdienstgegner und nach der Fusion der beiden 1968 und dann 1974 mit dem Verband der Kriegsdienstverweigerer zunächst Präsident und dann ab 1976 Ehrenpräsident der DFG-VK. Als hochrangiger Kirchenvertreter
	hat er sich dabei immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt, „zu politisch“ zu sein.
	Aufgaben des Pazifismus heute
	Guido Grünwald hat gestern die 125-jährige Geschichte der DFG nachgezeichnet (<i>Sein Vortrag ist auf Seite 12 ff. in diesem Heft veröffentlicht</i>). Mir ist daran besonders wichtig, dass jedes Mitglied der DFG-VK mit der Unterschrift unter die Grundsatzklärung ein persönliches Bekenntnis mit organisiertem gemeinsamem politischem Engagement verknüpft: „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“
	Was aber heißt es heute, an der Beseitigung von Kriegsursachen mitzuarbeiten? Drei Beispiele will ich nennen, die für uns in Deutschland relevant sind:
	Zum einen sind da die Atomwaffen. US-Präsident Donald Trump fragt: „Wenn wir Atomwaffen haben, warum setzen wir sie nicht ein?“ Ralph Freund, stellvertretender Vorsitzender der Republicans Overseas, sagte kürzlich in einem Interview mit dem Deutschlandfunk: „Warum haben sie ein Atomwaffenpotenzial, wenn sie damit noch nicht mal drohen? – Diese Diktatoren müssen sie damit zum Bewusstsein rufen, dass es noch andere Kräfte gibt. Ich halte das für richtig. Ich glaube nicht, dass dann letztendlich die Atomwaffe gezogen wird, aber man muss zumindest diese Militäroption gegenüber Diktatoren ziehen.“
	Und mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen sagte Alexander Graf Lambsdorff von der FDP am 2. November: „Die ganz wenigen (Atomwaffen), die wir hier haben, sind deswegen wichtig, damit wir als Deutschland in der Nato bei diesem wichtigen Thema mitreden können....“
	Angesichts solcher Aussagen muss uns gruseln nach Hiroshima und Nagasaki. Da ist ganz klar Widerspruch ange sagt!
	Zum anderen geht es um Bewusstseinsbildung in unserer Gesellschaft, aber auch international. Die Friedensbewegung ist klein geworden, obwohl doch die Probleme groß sind. Im vergangenen Jahr tobten 18 Kriege der höchsten Eskalationsstufe. Syrien, Jemen, Sudan, Nigeria und Afghanistan sind Orte massiver Gewalt. Und auch in Europa ist der Krieg wieder in greifbare Nähe gerückt. Von Berlin nach Donbass sind es rund 2.000 Kilometer, mein Routen-

planer gibt dafür eine Fahrtzeit von 23 Stunden und 47 Minuten an! Dieser militärische Konflikt spielt sich gewissermaßen vor unserer Haustüre ab! Seit der Annexion der Krim durch Russland vor drei Jahren gibt es ständige Auseinandersetzungen zwischen der Ukraine und Russland, zwischen prorussischen Separatisten und ukrainischem Militär, die inzwischen 10.000 Tote zur Folge haben. Die Beziehungen zwischen Russland und der NATO sind dadurch ange spannt und verstärken sich durch Militäromanöver und Truppenstationierungen.

Dem „Kriegsglauben“ können wir nur etwas entgegensetzen, wenn wir international zusammenarbeiten als Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner. Gut, dass nach mir Semih Sapmaz von der War Resisters‘ International spricht, in der die DFG-VK vernetzt ist.

Zivile Methoden der Konfliktbearbeitung brauchen mehr Gehör, Mediation kann gelernt werden. Dazu gehört auch, dass wir international das Recht auf Kriegsdienstverweigerung unterstützen.

Lassen Sie mich noch einmal Martin Luther King zitieren: „Zuerst muss betont werden, das gewaltloser Widerstand keine Methode für Feiglinge ist. Es wird Widerstand geleistet. Wenn jemand diese Methode anwendet, weil er Angst hat oder nur weil ihm die Werkzeuge zur Gewaltanwendung fehlen, so handelt er in Wirklichkeit nicht gewaltlos. Aus diesem Grunde hat Gandhi oft gesagt, man solle, wenn man nur die Wahl zwischen Feigheit und Gewalt hat, lieber kämpfen. Er wusste, dass es immer noch eine andere Möglichkeit gibt: Weder eine Einzelperson noch eine Gruppe von Menschen braucht sich einem Unrecht zu unterwerfen oder Gewalt anzuwenden, um sich wieder Recht zu verschaffen; denn es gibt den Weg des gewaltlosen Widerstands. Das ist letzten Endes der Weg des Starken. Es ist keine Methode trüger Passivität. Der Ausdruck „passiver Widerstand“ erweckt oft den falschen Eindruck, dass das eine Methode des Nichtstuns sei, bei der derjenige, der Widerstand leistet, ruhig und passiv das Böse hinnimmt. Aber nichts ist weiter von der Wahrheit entfernt. Denn der Anhänger des gewaltlosen Widerstands ist nur insofern passiv, als er seinen Gegner nicht physisch angreift; sein Geist und seine Gefühle aber sind immer aktiv. Sie versuchen ständig den Gegner zu überzeugen, dass er im Unrecht ist. Die Methode ist körperlich passiv, aber geistig stark aktiv. Es ist keine Widerstands-

losigkeit gegenüber dem Bösen, sondern aktiver gewaltloser Widerstand gegen das Böse.“

Und schließlich geht es um Aufrüstung. Statt jetzt aber Friedensmissionen, Freiwillige, Mediationsexpertinnen zu entsenden, drängen US-Präsident Donald Trump und sein Außenminister Rex Tillerson darauf, dass die Nato-Mitgliedsstaaten ihre Militärausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistungen erhöhen. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt in Deutschland derzeit bei 1,2 Prozent, das sind rund 36 Milliarden Euro. Erwartet werden demnach mehr als 70 Milliarden! Wollen wir das?

Die Frage ist inzwischen auch Thema der Koalitionsverhandlungen und wir sollten die Parteien stark machen, die eine Erhöhung der Militärausgaben nicht einfach abnicken.

Wie kann es sein, dass wir im Jahr 2017 nicht fähig sind, Konflikte friedlich zu lösen? Warum nur wird das Heil weiter im Militär gesucht, wenn wir doch alle, alle wissen, dass mehr Rüstung nicht mehr Frieden bringt, sondern Krieg wahrscheinlicher macht? Ganz zu schweigen davon, dass wir in den letzten Wochen realisieren, dass in der Bundeswehr wahrhaftig nicht alles nur zum Guten steht. Ja, die Mehrheit der Soldatinnen und Soldaten steht fraglos zu Verfassung und Grundgesetz. Aber einen Nährboden für rechtsextremes Gedankengut gibt es da offenbar auch...

Engagement gegen Aufrüstung muss einhergehen mit Engagement gegen Rüstungsexporte. Wir beklagen die Kriege und Bürgerkriege, wir sind schockiert über die Bilder aus Syrien – aber wir verdienen daran. Die deutschen Rüstungsexporte bleiben ein Skandal. Die evangelische und die katholische Kirche machen dies alljährlich zum Thema. Nur: Wir sollten das noch wesentlich deutlicher tun. Deutschland mit seiner eigenen Kriegsgeschichte muss sich in der Welt keinen Namen machen mit der Lieferung besonders wirksamer Waffen.

Zuletzt:

Vor drei Jahren durfte ich die Festrede auf Bertha von Suttner halten, die in Gotha an dem Tag bestattet wurde, als am 28. Juni 1914 der österreichische Thronfolger und seine Frau in Sarajewo erschossen wurden. Sie war zutiefst überzeugt, Frieden lasse sich nicht durch Abschreckung, sondern allein durch internationale Vereinbarung, Verhinderung der Kriegsursachen, Abbau von

Feindbildern, internationale Verständigung erreichen. Aber ja, ich weiß, eine Frau der Kirche war die „Friedensbertha“ nicht, aber ein Vorbild ist sie mir dennoch.

Alfred Nobel hat den Friedensnobelpreis auch auf ihr Drängen hin gestiftet. Und wenn er 2017 an die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (Ican) geht, dann ist die DFG-VK gewissermaßen Mit-Preisträgerin. Sie arbeitet schon lange mit Ican zusammen, die ja letzten Endes ein Bündnis von verschiedenen Organisationen, Initiativen und Bündnissen ist. Dieser Preis ist eine Ermutigung, wie er die Wertschätzung jahrelanger Arbeit gegen Atomwaffen darstellt und damit eine kraftvolle Ermutigung für weiteres Engagement. Ich freue mich, wenn dieser Tag hier heute in Berlin für uns alle auch eine solche Ermutigung darstellt. Denn das Engagement aller Mitglieder der DFG-VK wird gebraucht, heute mindestens so sehr wie in den letzten 125 Jahren.

Wenn heute von mehr internationaler Verantwortung die Rede ist, kann es doch nicht um mehr militärische Verantwortung Deutschlands gehen, sondern allein um mehr Friedensverantwortung!

Der christliche Glaube ist meine Motivation, mich für den Frieden zu engagieren. Ich tue das gern gemeinsam mit Menschen, die andere Motive haben.

Es gibt nicht viele Vorbilder, wie gesagt. Bertha von Suttner ist eines. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges schrieb Stefan Zweig:

„Aber eben diese Frau, von der man meinte, sie habe nichts als ihre drei Worte der Welt zu sagen, ... wußte ja um die fast vernichtende Tragik des Pazifismus, daß er nie zeitgemäß erscheint, im Frieden überflüssig, im Kriege wahnwitzig, im Frieden kraftlos ist und in der Kriegszeit hilflos. Dennoch hat sie es auf sich genommen, zeitlebens für die Welt ein Don Quichotte zu sein, der gegen Windmühlen ficht.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Danke, Friedens-Bertha! Und Windmühlen oder nicht, wir lassen uns nicht entmutigen!

Margot Käßmann war Bischofin der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers und Vorsitzende des Rates der Evang. Kirche in Deutschland. Sie ist seit 2016 Mitglied der DFG-VK. Gemeinsam mit Konstantin Wecker hat sie das Buch herausgegeben „Entrüstet euch! Warum Pazifismus für uns das Gebot der Stunde bleibt. Texte zum Frieden“ (Gütersloh 2015).

Frieden ist machbar! 125 Jahre DFG

Vortrag beim DFG-VK-Bundeskongress am 10. November in Berlin

Von Guido Grünewald

In wenigen Minuten die 125jährige Geschichte der Deutschen Friedensgesellschaft zusammenfassen zu wollen, wäre ein vergebliches Unterfangen. Ich will daher versuchen, wichtige Themen und Impulse, die von der Friedensgesellschaft ausgegangen sind, am Beispiel einzelner Persönlichkeiten zu beleuchten.

Die GründerInnen

Ich beginne mit Alfred Hermann Fried, gemeinsam mit Bertha von Suttner Gründer der DFG. Beide haben den Friedensnobelpreis erhalten und beide stammen aus Österreich. Es ist kein Zufall, dass im nationalistischen und imperialistischen Deutschen Kaiserreich, das unter Wilhelm II. nach Weltmacht strebte, die Gründung einer Friedensorganisation auf die Initiative zweier AusländerInnen zurückging.

Alfred Hermann Fried war ein unermüdlicher Agitator, er hat die „Friedens-Warte“ geschaffen, eine auch international anerkannte Zeitschrift von hohem Niveau, in der unter anderen bekannte Völkerrechtler schrieben. Mit den Gremien der DFG kam es allerdings wiederholt zu Konflikten. Fried sah sich letztlich als der Theoretiker der Friedensgesellschaft, war sich aber nicht zu schade, 1894 einen populär gehaltenen „Friedenskatechismus“ zu veröffentlichen. Darin schrieb er:

„Was wollen die Friedensfreunde aller Länder zunächst erreichen:
 1. dass die Staaten dem Grundsatz huldigen lernen: Si vis pacem para pacem („Wenn Du den Frieden willst, dann bereite den Frieden vor“ - Anm. d. Red.);
 2. dass dieselben internationale Verträge schließen, einen zwischenstaatlichen Rechtszustand schaffen, was eine Abrüstung, d.h. Verminderung der stehenden Heere und Verkürzung der Dienstzeit zur Folge hätte;
 3. dass wir (mittels einer internationalen Kommission) ein internationales Gesetzbuch entwerfen, das bestimmt ist, die gegenseitigen internationalen Angelegenheiten gesetzlich zu regeln;
 4. dass ein ständiger internationaler Völkergerichtshof in der Hauptstadt eines

neutralen Staates für ständig zusammentritt.“

In diesen Sätzen ist die Provokation des Pazifismus in einem nationalistisch-militaristischen Umfeld klar ausgedrückt: Frieden ist machbar! Krieg ist Menschenwerk, also kann er abgeschafft werden. Konflikt ist nicht gleich Krieg, Konflikte können ohne militärische Gewalt bearbeitet werden. Pazifisten träumen nicht vom Paradies auf Erden, sondern streben eine internationale Rechtsordnung an, in der Konflikte mit den Mitteln des Rechts gelöst werden.

Fried hat die erste wissenschaftliche Theorie des Pazifismus entworfen, die durchaus Einfluss auf die Völkerrechtswissenschaft hatte. Fried beobachtete in der damaligen ersten Globalisierungswelle, wie die Staaten mittels neuer Verkehrs- und Kommunikationsmittel in vielen Bereichen zunehmend stärker zusammenarbeiteten. Er hat daraus gefolgert, dass der Zusammenschluss zu einer internationalen Staatenorganisation, die auf dem Völkerrecht beruht, quasi naturnotwendig verläuft. Es war ja der Zug der Zeit, dass wissenschaftliche Theorien damals oft mit einem unerschütterlichen Fortschrittglauben gepaart waren.

Wie wir wissen, ist es keineswegs so gekommen. Dennoch gehen Völkerbund und Uno auch auf die Ideen von Fried und anderen PazifistInnen zurück. Kontrovers blieb Frieds Schlussfolgerung, dass Abrüstung erst möglich sei, nachdem eine internationale Rechtsorganisation errichtet wäre. Dem widersprachen viele Pazifisten, unter anderen seine Mitstreiterin Bertha von Suttner. Sie hat als Journalistin hellsichtig das Zeitgeschehen kommentiert und politische Forderungen aufgestellt, obwohl sie selbst sich als unpolitisch verstand. Allerdings betonte Bertha von Suttner auch die ethische und moralische Seite des Pazifismus. Kurz vor ihrem Tod hat sie 1914 an den Frauenbund der Deutschen Friedensgesellschaft geschrieben: „Im Namen der Liebe, diesem heiligsten aller Gefühle, wollen wir den Krieg bekämpfen. Nicht nur, weil er sich nicht mehr auszahlt und daher eine Torheit, sondern, weil er grausam und daher ein Ver-

brechen ist. Das soll in all dem Aufwand von politischen und ökonomischen Argumenten nicht vergessen werden. Deshalb besser, wenn sich der Verstand auch gegen den Krieg auflehnt. Aber unterdrücken wir darum nicht die Empörung unserer Herzen“.

Die Deutsche Friedensgesellschaft war bis 1914 im Prinzip ein Honoratiorenverein. Die Pazifisten waren Patrioten, sie lehnten die Kriegsdienstverweigerung ab. Den Ersten Weltkrieg begriffen sie zunächst einmal als Verteidigungskrieg, der Deutschland aufgezwungen war. Allerdings sprachen sie sich von Beginn an klar gegen einen Siegfrieden und gegen Annexionen aus. Außerdem pochten sie darauf, dem Gegner nicht mit Hass zu begegnen und ihn nicht zu entmenschlichen. Das reichte, dass die Pazifisten im Ersten Weltkrieg mit Zensur und Verbots drangsaliert wurden und dass ihre Tätigkeit letztlich lahmelegt wurde.

Das Zentrum des inhaltlich breit gefächerten Pazifismus

Nach dem Ersten Weltkrieg veränderte sich der Pazifismus sowohl in Deutschland als auch international. Er differenzierte sich in religiös motivierte, in anarchistische, sozialistische, radikalpazifistische und in völkerrechtliche Strömungen. Viele dieser Pazifismus-Varianten waren in der DFG vertreten, die damals noch immer das Zentrum des deutschen Pazifismus war. Das barg natürlich das Potenzial mannigfaltiger Auseinandersetzungen in sich.

Den völkerrechtsorientierten Pazifismus, auch organisatorischer Pazifismus genannt, verkörperte u.a. Ludwig Quidde. Er war seit 1914 DFG-Vorsitzender und Abgeordneter linksliberaler Parteien. Der Kristallisierungspunkt dieser pazifistischen Strömung war der Völkerbund. Dieser sollte zu einer Exekutive mit Rechtsautorität ausgebaut werden, und auf dieser Grundlage sollte es dann zu einer allgemeinen und gleichmäßigen Abrüstung kommen.

Quidde suchte stets den Kontakt zu den republikanischen Parteien und mit der Reichsregierung. Dennoch wurde

auch er 1924 wegen Landesverrats angeklagt.

1927 erhielt Quidde den Friedensnobelpreis, auch wegen seiner Bemühungen um eine Verständigung mit dem Erzfeind Frankreich. Die Aussöhnung mit Frankreich und auch mit Polen war einer der Schwerpunkte der Arbeit der deutschen PazifistInnen in den 1920er Jahren

In der Folge des massenmörderischen Ersten Weltkriegs entdeckten viele PazifistInnen die Kriegsdienstverweigerung als neues Instrument des Friedenkampfes. Sie setzten auf die Verantwortung des Individuums und wollten es gleichzeitig in eine Massenaktion einbinden. Die Frauenrechtlerin Helene Stöcker vertrat diese Strömung in der Deutschen Friedensgesellschaft. 1922 sagte sie auf dem einzigen gemeinsamen Friedenskongress von PazifistInnen und Gewerkschaften in Den Haag: „Darum glauben wir, dass der vorgeschlagene Generalstreik erst dann völlig wirksam werden kann, wenn er nicht nur eine von oben befohlene Maßnahme einiger Führer bleibt, sondern wenn er sogleich eine lebendige Erkenntnis jedes einzelnen wird. Dass er sich sagt, dass er persönlich die Verantwortung für den Ausbruch oder die Verhinderung eines Krieges mitträgt“. Stöcker erklärte in dieser Rede auch, die Abschaffung der Klassen gegensätze zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden sowie der Kampf für eine gerechtere Gesellschaftsordnung sei ebenfalls Ziel des Pazifismus.

In der Tat vollzog der Pazifismus in Deutschland nach 1918 einen deutlichen Linksruck. Die Mitglieder waren jetzt größtenteils kleine und mittlere Angestellte sowie sozialdemokratisch orientierte ArbeiterInnen.

Nach 1918 verteidigen alle pazifistischen Strömungen ganz entschieden die parlamentarische Demokratie und die Republik. Vor dem Ersten Weltkrieg hatten sie zur Innenpolitik keine Stellung bezogen. Der westdeutsche Landesverband führte schon 1924 eine Versammlungskampagne gegen die Nazis durch unter dem Motto „Das Hakenkreuz ist Deutschlands Untergang!“ Hitler war nach seinem Putsch im November 1923 gerade zu einer milden Strafe verurteilt worden.

Die westdeutschen PazifistInnen verstanden sich als kämpferische PazifistInnen; sie traten als eine Art geschlossener Verband auf und versuchten, die Nationalsozialisten mit den eigenen Mitteln, allerdings gewaltlos, zu stellen. Fritz Küster, ihr führender Kopf, gab die Wo-



Foto: Stefan Philipp

Guido Grünewald (hinten rechts hinter dem Laptop) bei seinem Vortrag auf dem Bundeskongress. Auf der Leinwand eine Abbildung der Friedens-Warte, der von DFG-Mitgründer Alfred Hermann Fried herausgegebenen „Zeitschrift für zwischenstaatliche Organisation“. Erstmals 1899 veröffentlicht ist sie die älteste „Friedenszeitschrift“, die im Übrigen auch heute noch unter ihrem Namen mit dem Zusatz „Journal of International Peace and Organisation“ erscheint.

chenzeitung „Das Andere Deutschland“ heraus.

Mit ihrem offensiven Eintreten für die Republik zogen sich die PazifistInnen den Hass der politischen Rechten zu, allerdings auch wegen ihrer ständigen Hinweise auf die illegale Aufrüstung. Die reaktionäre Justiz überzog die PazifistInnen mit Landesverratsverfahren, die zwar nur in wenigen Fällen mit Gefängnisstrafen endeten, aber enorme Energien und Ressourcen banden. Nicht nur die extreme Rechte, ein Großteil der politischen, militärischen und geistigen Eliten verachtete die Republik, wollte die Niederlage im Ersten Weltkrieg nicht akzeptieren und strebte einen Revanchekrieg an. Bereits im Herbst 1915 hatte die „Berliner Post“ die Vermittlungsbemühungen einiger PazifistInnen so kommentiert: „Es sind Dolchstiche, die den Rücken unserer für den deutschen Gedanken streitenden Krieger treffen.“

Nachdem schon Anfang der 1920er Jahre einzelne PazifistInnen physisch angegriffen und ermordet worden waren, steigerte sich der rechte Terror in der Endphase der Republik. Pazifistische Professoren wurden von nationalen Studenten aus den Hörsälen gejagt, pazifistische Zeitschriften verboten. Unter dem NS-Regime wurden die pazifistischen Organisationen zerschlagen. PazifistInnen wurden mit Berufsverbot belegt, ins KZ verschleppt, ausgebürgert oder ins Exil getrieben. Eine kleine Gruppe von PazifistInnen beteiligte sich aktiv am Widerstand, einige wenige verweigerten den Kriegsdienst. Eine Langzeitfolge war, dass die Nazis nicht nur die Organisationen zerschlugen,

gen, sondern auch die Erinnerung an den Pazifismus und seine Geschichte für mehrere Jahrzehnte zerstörten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach 1945 war somit im Grunde ein völliger Neuaufbau notwendig. Über Zwischenstationen entstand aus der Deutschen Friedensgesellschaft, der Internationalen der Kriegsdienstgegner (IdK) und dem Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK), der ursprünglich auf die Gruppe Kölner Wehrdienstverweigerer zurückgeht, 1974 die heutige DFG-VK, die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen.

Wie die Gesamtgesellschaften waren auch die Friedensorganisationen in den Jahrzehnten nach 1945 stark von der Blockkonfrontation des kalten Krieges geprägt.

Bestimmende Themen bis Mitte der 1960er Jahre waren der Kampf gegen die Wiederbewaffnung, die Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik, gegen Atomtests – damals noch in der Atmosphäre –, gegen einen deutschen Zugriff auf Atomwaffen sowie der Einsatz für eine friedliche deutsche Wiedervereinigung. Übergreifende Aktionsfelder waren Kriegsdienstverweigerung, Abrüstung – vor allem atomare Abrüstung – und die Verteidigung demokratischer Rechte (Stichwort Notstandsge setze).

Dass die Kriegsdienstverweigerung 1949 als Grundrecht in der Verfassung verankert wurde, ist auch auf den Einsatz der PazifistInnen zurückzuführen.

Mit ihren Beratungsangeboten haben die PazifistInnen vielen jungen Männern geholfen, mit den teils perfiden Fangfragen in den Prüfungsgremien umgehen zu können. Als die Verweigererzahlen ab 1968 steil anstiegen und Politik wie Militär einen Generalangriff auf das Recht auf Kriegsdienstverweigerung starteten, ist es den pazifistischen Organisationen gelungen, mit zahlreichen Aktionen Verständnis bei einem Teil der öffentlichen Meinung und in Teilen der sozialliberalen Koalitionsfraktionen zu erzeugen und die Substanz des Grundrechts zu bewahren.

Kirchenpräsident Niemöller als herausragende Persönlichkeit

Eine der herausragenden Persönlichkeiten nach 1945 war Martin Niemöller, Exponent der Bekennenden Kirche, Inhaber wichtiger Ämter in den protestantischen Kirchen und ein Patriot im echten Wortsinn. Niemöller handelte aus Sorge um Deutschland. Er sah für Deutschland nur eine Alternative: Kriegsschauplatz oder Brücke zwischen Ost und West.

Niemöller kämpfte entschieden gegen die Wiederaufrüstung und plädierte für ein neutrales Deutschland unter Uno-Kontrolle. Vor allem trat er für Gespräche mit dem Osten ein, der damals von der Adenauer-Regierung als Todfeind gebrandmarkt wurde.

1953 schrieb Niemöller: „Wer den Frieden will, muss die Verständigung mit dem Gegner wollen. Rüstung vermehrt die Angst voreinander auf beiden Seiten und muss auf die Länge zur Katastrophe führen, wenn die Angst ins Unerträgliche gestiegen ist. Die Koexistenz muss nicht diskutiert, sie muss probiert, sie muss gewagt werden“. Ein Gespräch mit Otto Hahn im Juni 1954 öffnet Martin Niemöller die Augen für das Ausmaß der atomaren Vernichtungskapazität.

Er las das Neue Testament jetzt mit anderen Augen und erklärte: „Ich bin Pazifist geworden, weil ich mir keine Situation vorstellen kann, in der Jesus Christus mir den Rat zum Töten geben wird“.

Niemöller wurde 1957 Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft, ein Jahr später auch der Internationalen der Kriegsdienstgegner und blieb dann bis 1976 in diesem Amt; anschließend wurde er zum Ehrenpräsidenten gewählt.

Martin Niemöller hat trotz starker Arbeitsbelastung diese Ämter aktiv ausgefüllt; ich habe selbst noch mit ihm in Vorstandssitzungen gesessen. Niemöller trat zunehmend für die Belange der un-

terdrückten Völker in der Dritten Welt und der Hungernden ein. 1974 veröffentlichte er eine ausgewählte Sammlung von Reden unter dem Titel „Eine Welt oder keine Welt“.

Helmut-Michael Vogel war im Zweiten Weltkrieg Soldat gewesen; er gehörte dem Stalingrad-Jahrgang an. Der Fotograph und Bildreporter organisierte 1959 in Süddeutschland den Widerstand des Jahrgangs 1922, als Franz-Josef Strauß diesen zu Wehrübungen einberufen wollte.

Vogel wuchs damals zunehmend in die pazifistische Arbeit hinein, die zu seinem Lebensinhalt wurde, auch um den Preis finanziell eher prekärer Bedingungen. 1964 wurde er zum Co-Vorsitzenden der IdK gewählt und behielt diese Funktion auch in den Nachfolgeorganisationen bis zu seinem Tod 1979. Helmut-Michael Vogel war ein kompromissloser Verfechter von Abrüstung als logische Folge der individuellen Kriegsdienstverweigerung.

Sein Credo lautete: „Abrüstung in Europa und in der Welt ist möglich und ist machbar! Die Beendigung des Wettrüsts in Ost und West kann von den Völkern Europas erzwungen werden. Auch gegen den Willen und den Widerstand von Regierungen und Militärs“ (1977).

Die Deckungsgleichheit von Politik und Moral war für Helmut-Michael Vogel essenziell. In der aktiven Gewaltfreiheit sah er die einzige mögliche logische Konsequenz aus der Existenz atomarer Vernichtungswaffen. Vogel lag daran, die Menschen für Abrüstungsbestrebungen zu aktivieren. Er hat in diesem Zusammenhang die Idee entwickelt, ein Gesetz zu schaffen, das es Bürgern ermöglicht, internationalen Kontrolleuren, beispielsweise Uno-Kontrolleuren, zuzuarbeiten und die Durchführung von vereinbarten Abrüstungsmaßnahmen in den jeweiligen Heimatländern zu überwachen.

Blockübergreifende Friedensarbeit im Kalten Krieg

Ich möchte zum Schluss auf zwei Aktionen hinweisen, mit denen die DFG-VK über Grenzen hinweg Menschen die Möglichkeit geboten hat, aktiv für Abrüstung und Entspannung einzutreten.

Da ist erstens 1977 die Internationale Abrüstungsstafette Helsinki-Belgrad, maßgeblich initiiert von dem 2012 verstorbenen damaligen Co-Vorsitzenden Gerd Greune. Die Stafette führte über viele Stationen und Staaten von Helsinki

– Unterzeichnungsort der Gründungsakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) – zum ersten Folgetreffen in Belgrad und hat den eher abstrakten Prozess der KSZE ein Stück weit erfahrbar gemacht. In Köln war die Abendveranstaltung in der Gesamtschule Zollstock mit 1000 Besuchern überfüllt! Das war in den 1970er Jahren sonst kaum möglich.

Die zweite Aktion war der Olof-Palme Friedensmarsch 1987. Ziel der Forderungen war ein Korridor frei von Massenvernichtungsmitteln entlang der Demarkationslinie, der Systemlinie quer durch Europa von Nord nach Süd. Es war die erste blockübergreifende Friedensaktion mit vielen kleinen bis mittleren Demonstrationszügen in der Bundesrepublik, der DDR, der CSSR und in Österreich. Wir als DFG-VK haben darauf geachtet und auch erreicht, dass in der DDR erstmals die unabhängigen Friedensgruppen mitmarschierten und ihre eigenen Slogans und Transparente ungehindert zeigen konnten.

Heute erscheint die vor uns liegende Aufgabe trotz einiger Erfolge so groß wie vor 125 Jahren. Wir PazifistInnen halten an unseren provozierenden Einsichten fest: Krieg ist Menschenwerk und kann abgeschafft werden, Frieden und die Etablierung nichtmilitärischer Instrumente zur Bearbeitung von Konflikten sind möglich. Frieden muss aber aktiv gestiftet bzw. geschaffen werden, und dazu bedarf es der Mitarbeit vieler.

Guido Grünewald ist seit Jahrzehnten in der DFG-VK aktiv und wurde beim Berliner Bundeskongress als internationaler Sprecher wiedergewählt.

Als „Verbandshistoriker“ hat er zahlreiche Arbeiten zur Geschichte der DFG-VK und ihrer Vorgängerorganisationen veröffentlicht. Seine Dissertation „Die Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK). Ihre Geschichte 1945 bis 1968“ erschien 1982 (Köln).

Zum letzten großen Jubiläum hatte er das Buch „Nieder die Waffen! Hundert Jahre Deutsche Friedensgesellschaft (1892-1992)“ herausgegeben, das im Online-Shop der DFG-VK zum Preis von 10 Euro erhältlich ist:
<https://shop.dfg-vk.de/Publikationen/Buecher/Buch-Nieder-die-Waffen.html>



Abschlussresolution des Bundeskongresses

Wir stellen uns den Kriegstreibern und Kriegsprofiteuren in den Weg:
Das Ziel der Menschheit muss eine Welt ohne Krieg und Militär sein!

Vor 125 Jahren gründeten die späteren FriedensnobelpreisträgerInnen Bertha von Suttner und Alfred Hermann Fried gemeinsam mit weiteren Friedensfreundinnen und -freunden in Berlin die Deutsche Friedensgesellschaft. Hintergrund waren 1892 der deutsch-französische Krieg 1870/71 und die zunehmende Aufrüstung der europäischen Staaten.

Heute, nach zwei Weltkriegen, der Periode des Kalten Krieges und der anschließenden Hoffnung auf eine Zeit des Friedens, müssen wir feststellen, dass Kriege und Aufrüstung nicht weniger geworden sind, sondern im Gegenteil wieder zunehmen: Über Japan fliegen nordkoreanische Raketen, um Atomangriffe zu üben - während US-Präsident Donald Trump seinerseits mit einem Atomkrieg droht; in Syrien herrscht seit Jahren ein blutiger Krieg mit wechselnden Fronten und vielen sich einmischenden Staaten. Die militärische Provokation zwischen Russland und der Nato birgt die Gefahr eines Krieges in Europa. Mit einer Verdoppelung des Bundeswehr-Haushalts auf 70 Milliarden Euro will sich Deutschland als Führungsmacht eines militarisierten EUropas positionieren.

Daher fordern wir: Die Ausrichtung der internationalen Politik auf die Drohung mit und Anwendung von militärischer Gewalt muss beendet werden. Gewaltsam lassen sich politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Probleme nicht nachhaltig lösen. So liegen die Wurzeln der aktuellen Situation im Nahen und Mittleren Osten etwa auch im von westlichen Staaten geführten „Global War on Terror“. Dieser hat weder die Terrorgefahr in den intervenierenden Staaten verringert, noch zu einer Verbesserung der Lebenssituation in den angegriffenen Regionen geführt. Stattdessen bedarf es einer Strategie umfassender Waffenstillstände und Verhandlungen zwischen allen Konfliktparteien. Vielfach sind außerdem wirtschaftliche und strategische Gründe die wahren Motive für Interventionen. Aus diesen Erfahrungen müssen politische Lehren gezogen werden: Nur langfristig angelegte zivile und gewaltfreie Strategien können bei Konflikten zu einer

friedlicheren Welt und einem besseren Leben für alle Menschen führen. Präventiv muss weltweit gegen Ungleichheit und Ungerechtigkeit vorgegangen werden - der globale Süden muss gestärkt werden. Wir stellen uns den Kriegstreibern und Kriegsprofiteuren in den Weg: Das Ziel der Menschheit muss eine Welt ohne Krieg und Militär sein!

Schritte dahin müssen auf nationaler und internationaler Ebene gegangen werden: Das im Juli 2017 bei den Vereinten Nationen beschlossene Verbot von Atomwaffen, das noch von 50 Staaten ratifiziert werden muss, um in Kraft treten zu können, hat gezeigt, dass die Zivilgesellschaft etwas bewegen kann. Wir fordern von der Bundesregierung, dem Verbotsvertrag beizutreten und die noch immer in Deutschland lagerten US-Atomwaffen abziehen zu lassen. Der Vertrag ist ein wichtiger Schritt hin zu einer atomwaffenfreien Welt. Ebenso wichtig sind Verträge zum Verbot von militärischen Drohnen und autonomen Waffensystemen. Hier steht auch unsere Forderung an die Bundesregierung, auf die Anschaffung und Entwicklung von Kampfdrohnen zu verzichten und eine internationale Ächtung der Waffensysteme zu erwirken. Wir treten ein für eine allgemeine und vollständige Abrüstung.

In der deutschen Außen- und Sicherheits- sowie Wirtschaftspolitik fordern wir ein generelles politisches Umden-

ken. Dies bedeutet ein Ende der Auslandseinsätze der Bundeswehr wie etwa in Syrien, dem Irak, in Mali und Afghanistan. Wir fordern die Bundestagsabgeordneten auf, gegen die Verlängerung dieser Mandate zu stimmen. Wir treten ein für die Auflösung der Bundeswehr und aller anderen Armeen: Wir engagieren uns entschieden gegen die Nachwuchswerbung der Bundeswehr. Daneben müssen alle Rüstungsexporte unterbunden werden: Waffenlieferungen heizen heute weltweit Konflikte an.

Militär ist in der heutigen Politik teilweise zum Selbstzweck geworden: Durch die immerwährenden gegenseitigen Drohungen mit militärischer Macht erhält sich das System selbst aufrecht. Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden, um nicht auszudenkendes menschliches Leid zu verhindern. Seit 125 Jahren engagiert sich unsere Organisation gemeinsam mit vielen anderen für Frieden - hätten diese warnenden Stimmen Gehör gefunden, hätten zwei Weltkriege wahrscheinlich verhindert werden können. Wir sehen uns heute als Teil einer weltweiten Bewegung gegen Krieg und Rüstung: Frieden ist ein Menschheitsprojekt. Nur in einer friedlichen Welt lassen sich die Zukunftsprobleme der Menschheit, der Klimawandel, die Umweltzerstörung und die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit lösen.



Standbild aus einem Videoclip über den DFG-VK-Bundeskongress – abrufbar über den Youtube-Kanal der DFG-VK (www.youtube.com)

Licht und viel Schatten

Kritische Anmerkungen zum DFG-VK-Bundeskongress

Von Bernd Drücke

Das war der schlimmste DFG-VK-Bundeskongress, auf dem ich je war“, so das Urteil eines seit Jahrzehnten aktiven Mitglieds der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen. Nun, dieser Einschätzung möchte ich mich nicht unbedingt anschließen. Wo Schatten war, gab es nämlich auch Licht. Aber der Reihe nach.

Am 19. August hatte ich mich in der internen DFG-VK-Mitglieder-Mailingliste über die gegen den Politischen Geschäftsführer Monty Schädel gerichtete Kündigung mokiert. Das Kündigungsschreiben war von den damals drei im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) verantwortlichen Mitgliedern des BundessprecherInnenkreises (BSK) unterschrieben worden. In meiner Mail unter dem Titel „Die DFG-VK – ein Haiischbecken?“ schrieb ich dazu unter anderem:

„Wenn der derzeitige BGB-Vorstand nicht will, dass die DFG-VK weiteren Schaden nimmt, dann sollte er die Kündigung umgehend zurückziehen, das direkte Gespräch mit Monty suchen und die Ergebnisse des Bundeskongresses abwarten. (...) Als ich am 8. August (...) das Kündigungsschreiben und seine persönliche Stellungnahme gelesen habe, war ich entsetzt. Wie kann der BGB-Vorstand der „Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“ einem kranken Geschäftsführer, der sich seit Jahren um die DFG-VK verdient gemacht und gerade einen Herzinfarkt überlebt hat, eine Kündigung schicken? Der Ton des Schreibens, das Monty kurz vor seiner Herz-OP erreichte, wirkt auf mich kaltherzig, neoliberal, kapitalistisch und keineswegs so solidarisch, wie ich es von einer Friedensorganisation, der ich seit vielen Jahren angehöre, erwarten kann.“

Ist das der Stil, mit dem Menschen in der DFG-VK behandelt werden? Na dann, gute Nacht! (...) Wie soll auf der Basis dieser Kündigung ein vertrauensvolles, solidarisches Arbeiten möglich sein? Die Kündigung klingt nach Arschtritt gegen ein verdientes Mitglied der DFG-VK. Behandelt man so jemanden, der schwer krank ist? In einem kapitalistischen Unternehmen vielleicht. Aber in

einer Friedensgesellschaft? Was hat ein solcher Stil mit Frieden zu tun?“

Auch nach einem langen Telefongespräch, das ich kurz danach mit dem für die Kündigung mitverantwortlichen Thomas Carl Schwoerer geführt hatte, wurde die aus meiner Sicht zynische Kündigung nicht sofort zurückgenommen. Ist der ehemalige *Campus*-Verleger, der öffentlich von den Regierenden fordert, mit dem IS zu verhandeln, also nicht einmal in der Lage, fair mit einem Mitarbeiter zu verhandeln, um einen von ihm selbst ohne Not vom Zaun gebrochenen internen Konflikt zu entschärfen? Die Chance zur Deeskalation wurde nicht genutzt, die Zeit verging. Und so erschien am 10. September unter dem Titel „Arbeitnehmerrecht beim Friedensverband. Krieg in den eigenen Reihen“ ein für das Ansehen der DFG-VK verheerender Artikel in der *Taz* (*siehe ZC 4/2017, S. 36 - Anm. d. Red.*), in dem es u.a. heißt: „Dabei geht es dem Vorstand der Friedensbewegten vermeintlich nur um Formales. Denn obwohl Schädel vom Bundeskongress, der per demokratischer Wahl den Politischen Geschäftsführer bestimmt, immer nur für die Amtszeit von jeweils zwei Jahren gewählt wird, hat er einen unbefristeten Arbeitsvertrag.“

Die wahrscheinlich auch aus persönlichen Gründen getroffene und nicht vom Bundeskongress legitimierte Amtsanmaßung wurde von den dafür Verantwortlichen erst nach Erscheinen des *Taz*-Artikels, wenige Wochen vor dem Buko, zurückgenommen. Der Grund für die Rücknahme war aber leider nicht die Einsicht der Verantwortlichen, sondern die Tatsache, dass die Kündigung gegen den Schwerkranken juristisch ohnehin keinen Bestand hat.

Auch weil ich Verbandspolitik nach Gutsherrenart ablehne und mir an einer sozial, nicht neoliberal agierenden DFG-VK liegt, fuhr ich im November als Delegierter der DFG-VK Münster zum Bundeskongress nach Berlin.

Die erste Jubiläumsfeier: 70. Geburtstag der IdK

Wolfram Beyer hatte mich gebeten, schon einen Tag vor dem Bundeskon-

gress anzureisen, um auf der Feier zum 70. Geburtstag der Berliner IdK (Internationale der KriegsdienstgegnerInnen) als Redakteur der Graswurzelrevolution (GWR) im Anti-Kriegs-Museum ein Grußwort zu sprechen. Das war für mich in gewisser Weise eine Zeitreise zu meinen antimilitaristischen Wurzeln.

Im April 1982 hatte mein älterer Bruder mir das Buch „Krieg dem Kriege“ von Ernst Friedrich in die Hand gedrückt. Damals war ich 16 Jahre alt. Dieses seit 1924 in vielen Sprachen und millionenfach verbreitete, erschütternde Anti-Kriegs-Buch des Anarchopazifisten hat mich politisiert. Umso erstaunlicher ist, dass ich das von Ernst Friedrich 1923 gegründete, von den Nazis 1933 zerstörte und von Friedrichs Enkel Tommy Spree 1982 wieder eröffnete Anti-Kriegs-Museum in Berlin am 9. November zum ersten Mal besucht habe.

Die IdK-Feier war eine würdevolle Veranstaltung, zu der unter anderem die Reden von Wolfram Beyer (IdK) und das Grußwort von Gernot Lennert (DFG-VK) beitrugen, vor allem aber der Gitarrist und Sänger Hans Marquardt, der mit seinen Interpretationen von Liedern des Wiener Anarchisten und Antimilitaristen Georg Kreisler für Begeisterung sorgte. Beeindruckend war auch die anschließende Anti-Kriegs-Vorführung von Tommy Spree im Luftschutzbunker des Museums.

Warum gehören diese Informationen in einen Beitrag zum DFG-VK-Bundeskongress? Nun, vielen ist es vielleicht nicht bewusst, aber DFG-VK, IdK, Anti-Kriegs-Museum, Archiv Aktiv, Bund für Soziale Verteidigung, Institut für Friedensarbeit und gewaltfreie Konflikttauschung, DFG-IdK Hamburg und Graswurzelrevolution sind Geschwister. Sie sind zusammen mit weltweit weiteren 80 Organisationen Mitglieder der War Resisters' International (WRI). Der größte Teil der 1947 gegründeten IdK fusionierte 1968 mit der DFG zur DFG-IdK, die 1974 mit dem Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) zur DFG-VK verschmolz. Der (West-)Berliner Landesverband der IdK beteiligte sich damals nicht an den Fusionen, so dass es heute die IdK als eigenständigen Verband gibt, mit Mitgliedern auch außerhalb Berlins.

Denkmal für den unbekannten Deserteur

Am Morgen des 10. Dezember bat mich der ehemalige GWR-Praktikant, Ex-Redakteur der GWR-Jugendzeitschrift *utopia* und mittlerweile DFG-VK-Geschäftsführer Michael Schulze von Glaßer, am Nachmittag eine Rede zur Kriminalisierung von AntimilitaristInnen auf dem Zietenplatz zu halten. Die Kundgebung unter dem Motto „Die Waffen nieder!“ und die Aufstellung des symbolischen Denkmals des unbekannten Deserteurs an dem Ort, wo die Deutsche Friedensgesellschaft vor 125 Jahren gegründet wurde, trotzte dem Regen und war ein gelungener Auftakt des dreitägigen Bundeskongresses der DFG-VK.

Einige Stunden später waren bereits zahlreiche Delegierte aus der ganzen Republik in der Jugendherberge Ostkreuz eingetrudelt. Der Diavortrag „Frieden ist machbar! 125 Jahre DFG – Strategien, Aktionen, Erfolge“ von Guido Grünewald am Freitagabend bot nicht nur den erfreulich vielen jungen DFG-VK-AktivistInnen schlaglichtartig einen interessanten Einstieg in die Geschichte der von Bertha von Suttner mitgegründeten Organisation. Die anschließende Podiumsdiskussion u.a. mit den derzeit von Repression betroffenen Antimilitaristen Hermann Theisen und Thomas Haschke war ebenfalls durchweg gelungen und endete mit der begrüßenswerten Wiederbelebung des Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK.

„Ich brauche kein Wort zum Sonntag!“

Der am Samstagmorgen absolvierte Auftritt der prominenten Margot Käßmann war im Vorfeld umstritten, weil die evangelische Pfarrerin kurz zuvor der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ ein Interview gegeben und damit diesem Sprachrohr der Neuen Rechten eine öffentliche Aufwertung und womöglich auch eine Auflagensteigerung beschert hatte. Kirchen gucke ich mir aus historisch-soziologischem Interesse an, aber ich bin nicht mit 18 ausgetreten, um mir dann 33 Jahre später auf dem Bundeskongress „Das Wort zum Sonntag“ anzuhören. Natürlich ist es erfreulich, dass die Theologin sich in der Öffentlichkeit kritisch zum Afghanistankrieg geäußert und mit Konstantin Wecker das pazifistische Buch „Entrüstet Euch!“ herausgegeben hat. Ihre Rede habe ich aber ausgelassen, zu Gunsten spannender Gespräche mit FreundInnen und Genos-

Innen. Leider habe ich so u.a. auch den Kinderchor „Friedrichshainer Spatzen“ verpasst, der zuvor auftrat und ähnlich gut ankam wie Kathrin Voglers Vortrag „Wo stehen wir jetzt?“

Kathrin Vogler kenne ich seit drei Jahrzehnten, zusammen mit Wilhelm Achelpöhler haben wir Anfang 2009 die Friedensinitiative Pulverturm gegründet und gemeinsam u.a. ein bundesweit Aufsehen erregendes Gelöbnix im Mai 2009 in Rheine organisiert. Dass die einzige DFG-VK-Bundessprecherin seit Oktober 2009 für die Linken im Bundestag sitzt, bedauere ich. Sie fehlt, insbesondere auch der Friedensinitiative Pulverturm und der DFG-VK. In der Debatte zum BSK-Rechenschaftsbericht hat sie sich am Samstagnachmittag relativ spontan, aber doch überlegt zu Wort gemeldet. Sehr persönlich schilderte sie ihre DFG-VK-Erfahrungen und ging damit indirekt auch auf den problematischen Umgang des BSK mit dem erkrankten Monty Schädel ein. Dieses Statement war vielleicht das wichtigste dieses Bukos. Bewegend und würdevoll. Die soziale Kompetenz und Empathie, die Kathrin Vogler, aber auch ZivilCourage-Redakteur Stefan Philipp, die Mainzer DFG-VK und einige andere auf dem Bundeskongress und im Vorfeld gezeigt haben, hätte ich mir auch von den Mitgliedern des BundessprecherInnenkreises gewünscht.

Ein Highlight am Samstagabend war der Auftritt der Musik- und Aktionsgruppe „Lebenslaute“, die mit ihren Interpretationen von klassischen Stücken und Songs wie „Wer, wenn nicht wir“ für Begeisterung sorgte. Den daran anschließenden Gig des Hip-Hoppers Holger Burner habe ich mir zu Gunsten von persönlichen Gesprächen entgehen lassen.

Gruselige Bündnisse mit „Montagsmicheln“

Die Wahlen des Geschäftsführers, des ZivilCourage-Redakteurs, der KassenrevisorInnen und VertreterInnen der DFG-VK in Organisationen und Bündnissen zogen sich ähnlich lange hin wie die Diskussion um die Frage, wie mit der rechtsoffenen „Kampagne Stopp Airbase Ramstein“ umzugehen ist.

Das Ergebnis der „Ramstein“-Diskussion ist weder Fisch noch Fleisch und lässt befürchten, dass sich einige DFG-VKler, wie schon beim unsäglichen „Friedenswinter“ 2014/15, in gruselige Bündnisse mit NationalistInnen, VerschwörungstheoretikerInnen und „Querfront“-Montagsmicheln begeben. Die Abwahl Mon-

ty Schädels ist auch in diesem Zusammenhang problematisch. Denn er hat 2015 als Politischer Geschäftsführer klare Kante gegen Rechts gezeigt, als sich DFG-VK-Gruppen im „Friedenswinter“ mit NationalistInnen zusammengestanden. Da nun der „Friedenswinter“ mit der „Kampagne Stopp Airbase Ramstein“ eine Fortsetzung findet, zeigt sich, wie sehr die klare Stimme Monty Schädels der DFG-VK fehlt. Als Geschäftsführer hatte er 2015 (fast zu spät) erkannt, dass das Bündnis mit Rechten für die Friedensbewegung ein Desaster ist und es aufgekündigt. Dass er nun sogar bei der BSK-Wahl durchfiel, ist ein politisches Armutszeugnis der DFG-VK und lässt für die Zukunft wenig Gutes erwarten.

Die Diskussion der Abschlussresolution verlief am Ende der Konferenz so überhastet, dass die eigentlich selbstverständliche Solidaritätserklärung mit DeserteurInnen und KriegsdienstverweigererInnen vergessen wurde. Und das, obwohl auf dem Buko u.a. auch der ukrainische Kriegsdienstverweigerer Ruslan Kotsaba seine Situation erläutert hat und die Unterstützung aller Menschen, die den Kriegsdienst verweigern, ein Kernthema der DFG-VK ist.

Fazit: Unerfüllte Erwartungen

100 Delegierte und einige Gäste nahmen täglich am sehr gut organisierten Bundeskongress teil. Die vielen jungen AktivistInnen, die nicht zuletzt auch Michi Schulze von Glaßer mit seinem Engagement neu in die DFG-VK geholt hat, lassen darauf hoffen, dass der Verband auch in den nächsten 125 Jahren eine Zukunft hat. Dieser Bundeskongress erfüllte aber nicht das, was man von einer „Friedensgesellschaft“ erwarten darf. Er war unter anderem davon überschattet, dass dem langjährigen politischen DFG-VK-Geschäftsführer Monty Schädel im Sommer 2017, wenige Monate nach seinem schweren Herzinfarkt und kurz vor seiner Herz-OP, eiskalt von drei Mitgliedern des BundessprecherInnenkreises der DFG-VK gekündigt wurde. Der Buko verurteilte die unsinnige Kündigung zwar als „Fehler“, bestätigte aber die Verantwortlichen trotz dieses verbandsschädigenden Verhaltens in ihren Ämtern. Schade angesichts etlicher guter Beiträge beim Buko und des wertvollen Engagements vieler DFG-VKler.

Bernd Drücke ist Redakteur der Zeitschrift Graswurzelrevolution. Beim Bundeskongress war er als Delegierter der DFG-VK-Gruppe Münster.

Lob. Aufbruch. Skepsis. Verjüngung. Kritik.

Einschätzungen zum DFG-VK-Bundeskongress von einigen Delegierten

Positiv am Bundeskongress war der Gesamteindruck: Es war ein guter Kongress, die vielen Spannungen und Dif-

ferenzen haben nicht zu einer Spaltung geführt, sie wurden im Gegensatz zu früher in freundlicher Form ausgetra-

gen. Der Verband hat sich erfreulicherweise stabilisiert, und ein paar junge und neue Gesichter waren zu sehen.

Ich muss allerdings ein paar kritische Anmerkungen machen. Viel zu wenig Zeit war wieder einmal für die Behandlung der Anträge. Immer wenn es beim Bundesausschuss um Tagesordnung und Zeitplan eines Kongresses ging, habe ich dafür plädiert, den Anträgen mehr Raum einzuräumen, und wurde überstimmt. Die erste Runde von Arbeitsgruppen war eine glatte Zeitverschwendug - „125 Jahre DFG-VK und was bedeutet das für mich?“. Keine Moderation, keine Struktur, kein Ergebnis. Nach der Vorstellungsrunde war's auch schon wieder vorbei.

Anstrengend war die langatmige Auseinandersetzung über die Beendigung des Arbeitsverhältnisses von Monty Schädel. Er hat mit Sicherheit über die Jahre hinweg sehr viel für die DFG-VK geleistet. Andererseits ist er politisch gescheitert. Die Öffnung des Verbandes zu „nichtpazifistischen Antimilitaristen“, von ihm seit 2009 betrieben, wurde von Teilen der DFG-VK nicht akzeptiert. Die „Reformation“ des Grundsatzprogramms, die den Pazifismus an den Rand gedrängt hätte, wurde 2013 von der Mehrheit der Delegierten abgelehnt. Damals schon war das Verhältnis zwischen ihm und einigen Personen im Bundessprecherkreis belastet, er erhob den Vorwurf, gegen seine Person würde Mobbing betrieben.

Letztlich ist er auch gescheitert an der Fülle der Aufgaben, die ein „politischer“ Geschäftsführer in dieser Friedensgesellschaft zu leisten hat, und an der Unfähigkeit, Schwerpunkte zu setzen. Das ist aber ein Problem des Gesamtverbandes; die Ära Monty Schädel ist in dieser Hinsicht noch aufzuarbeiten.

Thomas Rödl, München

Die Wahlergebnisse für den BundessprecherInnenkreis, die Geschäftsführung und weitere Funktionen

	Ralf Buchterkirchen Landesverband Niedersachsen/Bremen		Christoph Neeb Landesverband Baden-Württemberg
	Benno Malte Fuchs Landesverband Nordrhein-Westfalen		Thorge Ott Landesverband Hamburg/ Schleswig-Holstein
	Jürgen Gräßlin Landesverband Baden-Württemberg		Torsten Schleip Landesverband Ost
	Kati Müller Landesverband Nordrhein-Westfalen		Thomas Carl Schwoerer Landesverband Hessen
	Michael Schulze v. Glaßer Landesverband Hessen		Monty Schädel Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
	Wahl zum Politischen Geschäftsführer*: 80 86,0		Wahl zum Politischen Geschäftsführer: 13 14,0

* Bei der Wahl zum Politischen Geschäftsführer wurde alternativ abgestimmt. Für den BundessprecherInnenkreis hatte Michael Schulze von Glaßer nicht kandidiert. ** nicht gewählt

(Wieder)gewählt wurden: Guido Grünewald (Internationaler Sprecher; 86,8 %), Stephan Brües (Vertreter beim Bund für Soziale Verteidigung; 83,5 %), Roland Blach (Vertreter bei der Kampagne „Büchel ist überall: atomwaffenfrei.jetzt“; 94,5 %), Marion Küpker (Internationale Koordinatorin gegen Atomwaffen; 72,5 %), Kai-Uwe Dosch (Netzwerk Friedensbildung; 84,6 %), Hed-

wig Sauer-Gürth (Ramstein-Kampagne; 62,6 %), Martin Brunner Vertreter bei Attac; 64,8 %), David Scheuing (Vertreter bei der War Resisters International; 89,0 %), Michael Schulze von Glaßer (Vertreter im Bündnis Kindersoldaten; 93,4 %), Hans-Peter Zepf (Syrien-Kampagne; 73,6 %) und Stefan Philipp (Redaktion der ZivilCourage; 85,7 %).

Zu der weiten Fahrt zum Bundeskongress nach Berlin hat mich der Geburtstag der DFG-VK und die Ansprache von Frau Käßmann „verführt“. Das hat sich wirklich gelohnt. Ätzend sind natürlich oft die Formalien, die bei so einem Kongress auch sein müssen. Wohltuend war die souveräne Tagungsleitung.

Trotz der unschönen Szenen um die kurzfristige Kandidatur von Monty Schädel zum politischen Bundesgeschäftsführer, die mir auf den Magen geschlagen sind, fuhr ich wohlgerum nach Hause, denn ich bin der Überzeugung es geht weiter mit der DFG-VK. Diese jungen Leute, die nun mitmachen, bringen sicher neue Ideen und einen frischen Wind in den 125-jährigen „Laden“. Ihnen wünsche ich Stehvermögen und einen langen Atem.

Sonnbild Thiel, Karlsruhe

Insgesamt bin ich zufrieden nach Hause gefahren, weil ich meine Hoffnung auf die jungen Leute setze, die die DFG-VK in Zukunft aktiv gestalten wollen. Vielleicht gelingt ja auch die stärkere Integration von Frauen. Schade fand ich, dass die Aktionen zwar an historischen Orten, aber fast ohne Sichtbarkeit für vorbeikommende Passant_innen stattfanden. Vielleicht sollten in Zukunft bei ähnlichen Anlässen Aktionen in belebteren Gegenden der jeweiligen Städte wiederholt werden.

Und Frau Käßmann: ihr Auftritt war okay, aber wichtiger wären mir Reden von aktiven Menschen aus der Basis: Brauchen wir wirklich „Promis“?

Enttäuscht war ich darüber, dass es bei der Diskussion um Ramstein nicht gelang, die Teilnahme an eindeutige Aussagen zu binden. Ich finde die Ramstein-Kampagne enorm wichtig, möchte, dass wir aktiv dabei sind, aber möchte auch, dass klar ist, wofür wir stehen: nicht rechtsoffen, nicht populistisch, sondern mit einem klaren Profil: gegen Krieg, gegen Rüstung, für eine offene Gesellschaft, die geflüchtete Menschen willkommen heißt.

Und ich möchte, dass in der DFG-VK weiterhin „gestritten“ wird, aber ohne den jeweiligen Anspruch auf „Deutungshoheit“ und ohne Diffamierungen, persönliche Fehden und Herabsetzungen. Das scheint bisher noch immer nicht hinreichend zu passieren.

Brunbild Müller-Reiß, Hannover

Der Jubiläumskongress unseres traditionsreichen Verbandes war für mich ein stetiges Auf- und Ab von Emotionen. Besondere Höhepunkte waren die begeisternde Rede von Margot Käßmann und das tolle Kulturprogramm - allen voran der Kinderchor und die Lebenslaute. Überzeugend war die Darstellung unserer Geschichte durch Guido Grünwald, die internationalen Redner Semih Sampaz und Ruslan Kotsaba sowie der Austausch mit Her-

„Bolle reist zum BuKo“

Bericht des Delegierten der DFG-VK-Gruppe Bochum/Herne
in etwas anderer Form

Von Felix Oekentorp

Bolle reist zum BuKo
Berlin Ostkreuz war sein Ziel
Es gibt viel zu berichten
Doch Schönes echt nicht viel
Ne Menge Stress und Ärger
Ist leider dort passiert
Aber dennoch hat sich Bolle
Ganz prächtig amüsiert

Die BuKo-Unterlagen
Kamen nach unserer JHV
Und waren nicht vollständig
Das wusste man genau.
Der Rest, so 20 Dateien
Kam Donnerstag reinspaziert
Aber dennoch hat sich Bolle
Ganz prächtig amüsiert

Gebucht war ohne Umstieg
doch in Hannover war schon Schluss
Mit 'nem ande'r Zug ging's weiter
Weil's weitergehen muss
Verspätung war kein Drama
's hat nicht so pressiert
Auch deshalb hat sich Bolle
Ganz prächtig amüsiert

Der BuKo begann pünktlich
Mit circa 100 Mann
Der Auftakt dauerte 'ne Stunde
Und danach gab es dann
Den Rest des Abends Schnickschnack
Und keiner protestiert
Aber dennoch hat sich Bolle
Ganz prächtig amüsiert

Am Samstag ging es weiter
Mit TOPs ohne Relevanz
Grußwörter und Liedgut
Und wohl auch noch mit Tanz
Erst 16 Uhr wurd's ernsthaft
Der Monty polarisiert
Aber dennoch hat sich Bolle
Ganz prächtig amüsiert

Im Anschluss gings ums Ganze
Der Antrag zur FO
Die Schlacht war hart und heftig
Doch leider ist es so
Trotz bester Vorbereitung
Dass man auch mal verliert
So kam es dass der Bolle
war gar nicht amüsiert

Die Finanzordnung schreibt fest nun
Die Gruppen soll'n parier'n
Berichte sind abzuliefern
Das will nicht in mein Hirn
Als Delegierter hab' ich
Nach Kräften rebelliert
Und mich nun wirklich gar nicht
Im Wirtshaus amüsiert

Der Sonntag begann pünktlich
Schön morgens um 9
Auf strittige Debatten
Da konnte man sich freu'n
Die Rechenschaftsberichte
Haben kaum wen interessiert
Aber dennoch hat sich Bolle
Ganz prächtig amüsiert

Und danach gab es Wahlen
Drei neue im BSK
Das hat uns gut gefallen
Frischer Wind, ist doch klar
Lasst uns gespannt abwarten
Was dadurch wohl passiert
Auf jeden Fall hat's Bolle
Ganz prächtig amüsiert

Zum Abschluss die Anträge
Zunächst ging's um Ramstein
Da macht Ken Jebsen auch mit
Drum ließ man's besser sein
Der BuKo sah das anders
Jetzt sind wir angeschiert
Aber dennoch hat sich Bolle
Ganz prächtig amüsiert

Vertagt wurde der Rest vom
Anträge-Paket
Es ist leider jedes Mal so
Was eigentlich nicht geht
Kaum Zeit, Zeit zur Debatte
Is' klar dass's dann pressiert
So war am Schluss der Bolle
überhaupt nicht amüsiert

... und ja, so war der BuKo
so schön war der ja nicht!
Da singen kleine Kinder,
mit Monty spricht man nicht!
Der Bolle hockt in der Ecke
und weinet gar so sehr.
Das wär alles ganz anders,
wenn der BSK jetzt so nicht wär.

Felix Oekentorp ist Sprecher des DFG-VK-Landesverbands NRW. Die Abkürzungen in seinem „Bolle-Gedicht“ stehen für: BuKo = Bundeskongress; JHV = Jahreshauptversammlung; TOPs = Tagesordnungspunkte; FO = Finanzordnung; BSK = BundesprüferInnenkreis

„Wo blieb die radikale Kriegsablehnung?“

Nicht nur DFG, sondern auch VK!

„Die DFG feiert, der VK läuft als Anhänger mit“ - so bewerte ich als KDV-Opa von 1976 die verpassten Chancen des Bundeskongresses zum 125. Gründungsjubiläum des Verbandes.

Die „U35er“, die unter 35-Jährigen, liefen sich im Vorfeld des Buko warm und rissen den Alten die Masken vom Gesicht. Scheinbar nahmen sie mit aller Bravour jede innerverbandliche Hürde, notwendige Verjüngungskur einerseits. Den VK - den Verband der Kriegsdienstverweigerer bzw. die Vereinigten KriegsdienstgegnerInnen - nahm die „Müsli-Fraktion“ gleich noch mit!?

Ja, die DFG-Linie, die Pazifisten, die den Krieg damals „nur“ humaner haben wollten, sind die Definitionsmächtigen? Ein Paradigmenwechsel? Enterten sie den maroden Kahn, der größten Friedensorganisation mit fallenden Mitgliederzahlen? Soll die historisch radikale Tradition, die den Krieg absolut ablehnt, sich gar wieder abtrennen? Oder nur eine Strukturkrise?

Kein Wort in der Abschlusserklärung (*siehe Seite 15 in diesem Heft*) von dem radikalen Anker der Bewegung, der dornige Weg der KDV-Bewegung. Nichts zu Ruslan Kotsaba, dem ukrainischen Kriegsdienstverweigerer. Gut, die politische Öffentlichkeit sollte wohl keine Notiz von uns nehmen.

Ruslan Kotsaba, der eingeladene KDVer aus der Ukraine, einem Land im Krieg, und mit seinem Handeln ein radikaler und christlich motivierter „Propagandist der Tat“, lobte die größte Friedensorganisation in seiner Rede: „Ihr seid die älteste Friedensorganisation der Welt, euer Beispiel ist für ande-



Ruslan Kotsaba beim Bundeskongress

mann Theisen und Thomas Haschke zur Repression unserer Aktiven. Anhand der heiklen Diskussionen um Monty Schädel und die Aktivitäten um Ramstein wurde der Nachholbedarf deutlich, wie wir im fairen sachlichen Umgang Probleme und Konflikte bewältigen. Ich danke allen, die meine Wortbeiträge hierzu und im Nachgang so honoriert haben. Dank, Wertschätzung und Vertrauen sind das A & O unserer Friedensarbeit. Dies muss weiter wachsen und von klaren Strukturen und Verantwortlichkeiten professionell begleitet werden. Am Ende bleibt der Aufbruch - begünstigt durch den Friedensnobelpreis auch an uns - und die vielen jungen Engagierten.

Roland Blach, Ludwigsburg

re Friedensorganisationen Vorbild, und auf euren Schultern lastet eine besondere Verantwortung.“

Ansporn sollte es sein. Zu einer Solidaritäts- und Informations-Rundreise mit dem „Original aus der Haft“, von uns friedenspolitisch 2016 erfolgreich mit freigesprest, reichte es nicht. Abwehrreflexe? Arbeitsüberlastung?

Die Öffentlichkeit zu informieren und zum Pressegespräch mit der kirchlichen Repräsentantin Frau Käßmann und dem KDVer im Krieg Ruslan Kotsaba einzuladen, hätte sicher gerockt. Kein Super-Gau, aber eine verpasste Chance allemal!

Gut, zurück auf Los. Seine erneute Inhaftierung ist noch nicht vom Tisch. Solidarität ist dann wieder gefragt. Und wir können auf eine unserer verbandlichen Wurzeln zurückgreifen.

Pazifismus ist für mich nicht alleine, für Frieden eintreten. Da lege ich mich gerne quer! Nein, konsequente Ablehnung von Krieg in Wort und Tat. Ruslan Kotsaba ist ein Beispiel dafür.

Lothar Eberhardt, Berlin

Ich bedanke mich sehr für die gelungene Vorbereitung des Bundeskongresses! Als ehemalige Mitarbeiterin der DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle weiß ich, wieviel Arbeit hinter diesem Kongress steckt und wie wenig die ganze Vorarbeit gewürdigt wird. Daher von mir noch mal ein dickes Dankeschön, vor allem an Susanne Jallow!

Natürlich bin ich mit einem mulmigen Gefühl zum Buko gefahren, da es einige sehr kontroverse Themen zu besprechen gab. Schon am Vortag angereist, da wir die Feier der IdK nicht verpassen wollten, waren wir erstaunt und erfreut über die tolle Unterbringung in der modernen und toll gestalteten Jugendherberge Ostkreuz.

Schon am nächsten Tag war ich mehr als erleichtert, dass Ossietzky nicht wirklich immer Recht hat mit dem was er sagte. Sinngemäß meinte er, dass jeder Kongress der Friedensgesellschaft in einem Blutbad endet. So weit kam es dann ja zum Glück nicht, auch wenn ich sehr enttäuscht vom Auftritt des BundessprecherInnenkreises war. Ich nenne mal die Erklärung des BGB-Vorstandes in seinem Verhalten gegenüber Monty „Luftblasen“.

Ein einziger Bundessprecher hatte die Traute sich für seinen Ton in einer Mail zu entschuldigen. Das rechne ich ihm hoch an!

Ich fand dann die Workshops, die ich besucht habe, sehr anregend und konstruktiv für die künftige Arbeit „an der Basis“. Sie haben mich etwas über meinen Unmut über den Verlauf des Buko hinwegtröstet.

Die Wahlen verliefen (leider) recht absehbar. Zugeständnisse und pragmatisches Denken (für mich ohne jegliche Moral), haben dann zu eben diesem BSK geführt. Natürlich ist es sehr, sehr er-



Foto: Kapia Photo

freulich, dass der BSK sich so sehr verjüngt hat! Ich werde auch und gerade Michi Schulze von Glaßer in seiner Arbeit unterstützen, der, wenn auch völlig anders als Monty, in seiner Vertretungszeit bewiesen hat, dass er ein guter Politischer Geschäftsführer sein kann.

Eine Bitte hätte ich noch: Was mich immer wieder aufregt, ist die Verkürzung unseres Verbandsnamens. Einzelne Mitglieder des BSK (egal ob alt oder jung) schaffen es nicht, „DFG-VK“ zu sagen. Wir sind nicht (nur) die Deutsche Friedensgesellschaft, sondern (eben) die Deutsche Friedensgesellschaft - Verei-

nigte KriegsdienstgegnerInnen. Es sollte nicht zu schwer sein, dies in den eigenen Sprachgebrauch zu übernehmen.

Ich habe beschlossen, trotz völlig abstruser Finanzordnung und einem meiner Meinung nach unethisch und unmoralisch handelndem BGB-Vorstand Mitglied der Organisation zu bleiben. Ich fühle mich wohl in meiner Ortsgruppe und kann dort lokal an den Dingen arbeiten, die mir wichtig sind, auch wenn ich das „große Ganze“ weiterhin kritisch beäuge und begleite.

Tina Gewebr, Mainz

Der Konflikt um die Kündigung des früheren politischen Geschäftsführers Monty Schädel durch den DFG-VK-Vorstand scheint geklärt. Auf der Sitzung des Bundesausschusses Mitte Dezember informierte der BundessprecherInnenkreis darüber, dass mit Monty Schädel eine einvernehmliche Lösung gefunden wurde und sein Arbeitsverhältnis zum 30. Juni 2018 endet.



Foto: Kappa Photo

Protest gegen den Auftritt des Bundeswehr-Marinemusikkorps im Dom zu Schleswig

Auf Einladung des Rotary Club Schleswig gab das Marinemusikkorps der Bundeswehr aus Kiel am 4. Dezember 2017 ein Adventskonzert im Dom zu Schleswig zum Ausklang des Lutherjahres. Da Luther auch ein übler Kriegstreiber gegen die aufständischen Bauern gewesen ist, hat es auch gut gepasst, dass sich die Bundeswehr am Lutherjahr mit einem Konzert beteiligt.

Aus Protest gegen das Militärkonzert im Dom haben schon vor Beginn des Konzertes friedensbewegte Menschen vor dem Dom Flugblätter verteilt, mit dem Hinweis, dass die Werte des Christentums mit Krieg unvereinbar sind und die Forderungen nach einer Trennung von Staat und Kirche und der Abschaffung der Bundeswehr gestellt:

- Unterstützung von Militär durch Kirchen widerspricht dem Gebot „Du sollst nicht töten“. Auch aus vielen anderen Bibelzitaten und dem Gebot der „Feindesliebe“ ergibt sich eindeutig, dass Soldatentum in der Bibel geächtet ist. Leider hat die Kirche sich durch den Militärsorgevertrag korrumptieren lassen, nimmt Geld vom Militär für die Bezahlung ihrer Pastoren an.
- Auftritte von Musikkorps der Bundeswehr sind Militärpropaganda. Sie dienen dazu, Zustimmung der Bevölkerung zum Militär und zu den Kriegseinsätzen herzustellen. Mit Auftritten in Kirchen demonstriert die Bundeswehr diese Zusammengehörigkeit von Bundeswehr und Kirche. Die Kirche stellt durch die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr

und zur Bereitstellung ihrer Kirchen für Bundeswehrauftritte die Trennung von Staat und Religion und die Religionsfreiheit an sich in Frage.

- Auch Militärmusiker*innen sind Soldat*innen
- Militärmusiker*innen der Bundeswehr sind keine zivilen (normalen) Musiker*innen, sondern Soldat*innen. Sie werden militärisch ausgebildet und bereiten sich auch auf das Töten vor. Sie üben dies auch regelmäßig. Im Kriegseinsatz tragen auch sie statt Musikinstrumenten Waffen.
- Im Kriegseinsatz gehören sie Sanitäteinheiten an. Militärsanitäter*innen sind kein ziviles medizinisches Personal: Im Krieg helfen sie verwundeten Soldat*innen nur, um diese möglichst schnell wieder kampfbereit zu machen. Ihnen geht es hauptsächlich um deren Kampffähigkeit. Genau wie auch zivile Mitarbeiter*innen und andere Soldat*innen, die nicht an der Front kämpfen, unterstützen sie Kriege und helfen dabei, sie vorzubereiten. Ohne sie ist kein Krieg möglich.

- Die Bundeswehr sieht es unter anderem als ihre Aufgabe, die „wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Handelsabhängigkeit“ und „Wirtschaft und freien sowie ungehinderten Welt Handel“ zu schützen (Weißbuch der Bundeswehr 2016). Die Bundeswehr mischt sich also nicht der Menschlichkeit und des Friedens halber

in Konflikte ein, sondern vertritt die Interessen von Banken und Konzernen. Daher fühlt sich die Bundeswehr auch nicht an UN-Mandate gebunden, sondern beteiligt sich auch an völkerrechtswidrigen Kriegen.

Als auch im Dom vor dem Werbeschild des Marinemusikkorps mit dem Transparent: „Krieg beginnt hier Bundeswehr abschaffen“ demonstriert worden ist, wurde versucht, das Transparent zu entreißen, und wir wurden des Domes verwiesen. Das war nicht so schlimm, denn Werke von Bach mit dem Rhythmus eines Militärmarsches zu spielen, war eine Zumutung für unsere Ohren.

Solche Proteste gegen die Werbeauftritte der Bundeswehr im Alltag der Menschen sind notwendig, denn sie regen zum Nachdenken über die Kriegseinsätze der Bundeswehr an. Außerdem machen sie auch viel Spaß, denn die Militaristinnen und Militaristen ärgern sich sehr darüber.

Siglinde Cüppers, DFG-VK Flensburg



Zypern: Geteilte und militarisierte Insel

Antimilitaristische Arbeit vor schwierigem politischen und historischen Hintergrund

Von Gernot Lennert

Auch bei einem touristischen Aufenthalt ist der Zypernkonflikt kaum zu übersehen. Beim Postkartenversand kommt zum Porto noch eine 2-Cent-Briefmarke für Flüchtlingshilfe hinzu – für die Vertriebenen aus der Zeit der türkischen Invasion von 1974. Die Kommission für vermisste Personen exhumiert und identifiziert noch heute alljährlich Tote aus der Zeit der Massaker, z.B. 96 Exhumierungen 2016, wobei das Schicksal Hunderter noch unklärt ist.

Besonders gut sichtbar ist die Green Line, die Demarkationslinie zwischen den beiden Teilen Zyperns, in der Altstadt von Nikosia, wo sich griechisch-zypriisches und türkisch-zypriisches Militär, getrennt von Barrieren aus Fässern, Zäunen, Mauerresten und Stacheldraht und mehr oder weniger Metern UN-Pufferzone, dicht gegenüberstehen. Allgegenwärtig und unübersehbar sind die Nationalismen.

Bezeichnend ist, dass in der Republik Zypern viel häufiger die griechische als die zyprische Fahne zu sehen ist, die griechische Flagge oft neu mit leuchtenden Farben, daneben die zypriatische als zerschlissener Lumpen. Vor griechisch-orthodoxen Kirchen wehen oft nur die Fahne Griechenlands und die gelbe Kirchenfahne mit dem oströmischen Doppeladler. Die Flagge der nur von der Türkei anerkannten Türkischen Republik Nordzypern sah ich ausschließlich in Kombination mit der türkischen Fahne. In beiden Teilen werden jeweils die Nationalfeiertage Griechenlands und der Türkei begangen. Die Nationalhymne der Republik Zypern ist identisch mit der Griechenlands. Eine äußerst befremdliche Selbstverleugnung zweier politischer Einheiten, die beide von anderen verlangen, als jeweils eigener Staat ernst genommen zu werden.

Ein freundlicher Fan des ausdrücklich „hellenischen“ Fußballclubs Apoel versicherte in einem Straßencafé während der Übertragung eines Spiels gegen eine deutsche Mannschaft, dass sie mit Deutschen keine Probleme hätten – „aber mit den Kerlen da drüber!“ (zur nahegelegenen Green Line deutend). Rein symbolisch und affektiv keine guten Vor-

aussetzungen für ein wieder vereinigtes Zypern. Auch innerhalb der Volksgruppen gibt es Gegensätze. Der Apoel-Fan verkündete auch, sie selbst seien rechts, die Anhänger des anderen großen Fußballvereins seien Kommunisten. Dass im Oktober eine Frau wegen Abtreibung in Untersuchungshaft kam, beleuchtet, wie konservativ Zypern auch in anderer Hinsicht sein kann.

Zypern zwischen Europa, Asien und Afrika

In der Frühgeschichte trafen sich in Zypern Einflüsse aus dem Orient und Griechenland. Nach dem Zerfall des Alexanderreichs kam die hellenisierte Insel an die Ptolemäer. Ab 58 v. Chr. gehörte Zypern zum Römischen Reich und später zum griechisch geprägten Oströmischen Reich. Während des Dritten Kreuzzugs eroberte der englische König Richard Löwenherz 1191 die griechisch-orthodoxe Insel, die 1192 an die Kreuzfahrerdynastie der Lusignan kam und als Königreich Zypern zum größten Kreuzfahrerstaat der Region wurde.

Auf Immigration in dieser Zeit gehen die maronitischen, armenischen und „lateinischen“ (römisch-katholisch) Minderheiten in Zypern zurück. 1489 erbte die Republik Venedig die Insel, 1581 folgte die osmanische Eroberung. 1878 besetzte Großbritannien Zypern, das bis zum Ersten Weltkrieg unter osmanischer Oberhoheit verblieb, dann von Großbritannien annektiert und zur Kronkolonie gemacht wurde.

Der griechische Nationalismus strebt nach Ένωσις (Énosis, Vereinigung) des griechischen Staats mit allen griechischsprachigen Gebieten, auch mit Zypern. Die Türkei propagierte die Teilung (Taksim) der Insel, um wenigstens einen Teil zu erhalten. Nicht zuletzt aufgrund der Indoktrination durch die beiden Bildungssysteme setzten sich in Zypern griechischer und türkischer Nationalismus durch.

1955 bis 1959 führte die Untergrundorganisation Eoka eine Guerrilla- und Terrorismuskampagne gegen die Kolonialmacht. Was heute in Museen und mit Denkmälern als antikolonialer

Befreiungskampf gefeiert wird, war jedoch kein gesamt-zypripter Kampf für ein unabhängiges Zypern, sondern ein griechisch-nationalistischer Kampf für Énosis und gegen die türkisch-zypriatische Bevölkerung. Großbritannien bezweifelte noch in den 1950ern, dass kleine Inseln lebensfähige Staaten sein könnten. Trotzdem wurde Zypern 1960 unabhängig. Diesem Beispiel folgten seitdem zahlreiche weitere kleine britische Inselkolonien.

Die ungewollte Republik Zypern sollte auf Machtteilung zwischen den beiden Volksgruppen basieren. Großbritannien, Griechenland und die Türkei wurden Garantimächte mit Interventionsrecht. Drei Prozent des Territoriums blieben britisch und wurden zu den Sovereign Base Areas (SBA, Souveräne Stützpunktgebiete) Akrotiri und Dhekelia.

Schon 1963 zerbrach die gemeinsame Regierung. Massaker und Bürgerkrieg führten zur bis heute andauernden Stationierung von UN-Truppen. Mit dem Rückzug der türkisch-zypriatischen Bevölkerung in separate Enklaven begann die territoriale Spaltung.

Griechisch-zypriatische Ultranationalisten bekämpften als Eoka-B die Regierung Makarios. Als die griechisch-zypriatische Nationalgarde 1974 im Auftrag der griechischen Militärjunta putschte, um die Énosis durchzusetzen, intervenierte die Türkei und besetzte 38 Prozent des Territoriums der Insel. Der Putsch wurde niedergeschlagen, Makarios kehrte zurück. De facto ist Zypern seitdem geteilt, aufgrund der Massenvertreibungen sind auch die Siedlungsgebiete getrennt. International gilt die griechisch-zypriatisch geprägte Republik Zypern als zypriatischer Staat. Die im türkisch besetzten Norden 1983 ausgerufene Türkische Republik Nordzypern wird nur von der Türkei anerkannt.

Seit 2003 ist die Demarkationslinie wieder für alle überquerbar. Dem Annan-Plan, der die Wiedervereinigung vorsah, wurde 2004 im Referendum im türkischen Norden zugestimmt, jedoch nicht im griechischen Süden. Die Republik Zypern wurde dennoch Mitglied der EU.

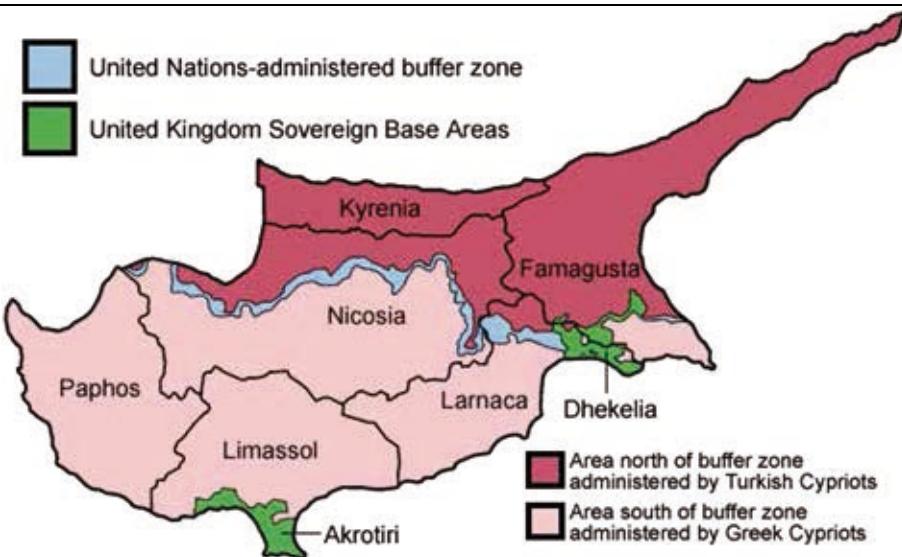
Kriegsdienstverweigerung

In beiden Teilen Zyperns werden Männer zum Kriegsdienst gezwungen. Dem widersetzt sich die 2008 gegründete Kriegsdienstverweigerer-Initiative (Vic-dani Ret nisiyatifi) mit vorwiegend türkisch-zypriotischen Aktiven. Es gibt zur Zeit sechs Verweigerer, die früher den Grundmilitärdienst abgeleistet haben, aber heute Reserveübungen verweigern.

International bekannt wurde Murat Kanatlı, Mitgründer der Initiative, als er 2014 wegen Verweigerung einer Reserveübung 10 Tage ins Gefängnis kam. Heute vertritt er im Stadtrat von Türkisch-Nikosia die Yeni Kıbrıs Partisi (New Cyprus Party), eine ansonsten außerparlamentarische sozialistische nicht-nationalistische Kleinstpartei. Nuri Silay, ebenfalls Gründungsmitglied der Kriegsdienstverweigerungsinitiative, verweigert den Kriegsdienst im Militär der Türkischen Republik Nordzypern. Da ihm dort, seitdem er seine Kriegsdienstverweigerung erklärte, Zwangsrekrutierung und Gefängnis drohen, lebt er im griechisch-zypriptischen Teil der Insel und hat einen Pass der Republik Zypern.

Ein Vorschlag zur gesetzlichen Regelung der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes ist vom Petitionsausschuss des Parlaments der Türkischen Republik Nord-Zypern entgegengenommen worden.

Die zypriotischen Antimilitarist*innen sind international gut vernetzt. 2014 fand in Zypern ein Treffen von Kriegsdienstverweigerungsgruppen aus dem östlichen Mittelmeerraum statt, Anfang November 2017 die Mitgliederversammlung des European Bureau of Conscientious Objection (Europäisches Kriegsdienstverweigerungsbüro). Günstig dafür ist ein von beiden Seiten zugängliches Gebiet in der UN-Pufferzone in Nikosia, wo neben dem Hauptquartier der UN-Truppen auch ein Begegnungszentrum und das Goethe-Institut angesiedelt sind.



Lösung des Zypern-Konflikts?

2015 wurden, wieder unter Ägide der UN, als aussichtsreich geltende Verhandlungen für eine Lösung des Zypern-Problems aufgenommen, die letztendlich im Juli 2017 scheiterten – zumindest bis zur Präsidentenwahl in der Republik Zypern Anfang 2018. Im Oktober verhärtete sich die Position der türkischen Seite. Die Türkische Republik Nord-Zypern führte Einfuhrzölle auf Hilfsgüter ein, die von UN-Konvois auf die Karpass-Halbinsel im Nordosten gebracht werden, um die 1974 dort unter türkischer Herrschaft verbliebene griechische und maronitische Bevölkerung zu versorgen. Gleichfalls im Oktober drohten sowohl der Außenminister Türkisch-Nordzyperns als auch der stellvertretende Ministerpräsident der Türkei mit einer Annexion Nord-Zyperns durch die Türkei. Die Türkei hat inzwischen so viele Menschen aus Anatolien in Nord-Zypern angesiedelt, dass die zypriotisch-türkische Bevölkerung zur Minderheit im eigenen Gebiet geworden ist. Wie in der Türkei schreiten Islamisierung und Jagd auf „Gülenisten“ voran.

Auch die SBA werden in Frage gestellt. Da wegen des Brexit mit Großbritannien ohnehin neu verhandelt werden müsse, könnte man bei dieser Gelegen-

heit auch die SBA wegverhandeln. Manche wünschen den britischen Abzug, andere wollen nur die britische Souveränität beenden und für die Basen einen kündbaren Stützpunktvertrag abschließen.

Jede Zypern-Vereinbarung muss in Referenda in beiden Volksgruppen Zyperns gebilligt werden, was angesichts des Ultranaionalismus schwer werden könnte. Immerhin wird dem extremen Nationalismus auch widersprochen: Die postkommunistische Alel, eine der beiden großen Parteien in der Republik Zypern, protestierte 2017 gegen die Errichtung eines Denkmals in Limassol für den Eoka-Führer Grivas. Akel argumentiert, dass genau dieser Rechtsextremist Wegbereiter für den Putsch von 1974 und die daraus resultierende türkische Invasion und Besatzung war.

Der möglicherweise wichtigste Streitpunkt von vielen in den Zypern-Verhandlungen: Die Republik Zypern will der Türkei kein Interventionsrecht einräumen, die Türkei insistiert genau darauf. Ob und wie es weitergeht, wird sich nach den Präsidentschaftswahlen 2018 zeigen.

Gernot Lennert ist Geschäftsführer des hessischen DFG-VK-Landesverbands.

25 Jahre lang ein Teufelskreis von Verfolgung

Interview mit dem kurdischen Kriegsdienstverweigerer Halil Savda der in Zypern politisches Asyl erhalten hat

Du bist vom türkischen Staat seit 1993 aus politischen Gründen verfolgt worden. Du wurdest gefoltert und warst mehrfach im Gefängnis. Wie lange warst Du inhaftiert?

Das kurdische Volk und Menschen aus Kurdistan werden unterdrückt, und ihre Grundrechte werden vom türkischen Staat verletzt. Diese Unterdrückung ist nicht neu. Sie existiert seit 1923, der

Gründung der Türkischen Republik. Ich wurde physisch und psychologisch gefoltert und vom türkischen Staat insgesamt 10 Jahre lang inhaftiert, weil ich für die fundamentalen Rechte des kur-



Halil Savda, Kriegsdienstverweigerer und politischer Aktivist aus der Türkei, hat in Zypern politisches Asyl erhalten. Gernot Lennert hat ihn im Oktober in Zypern getroffen. Das Interview wurde im November per E-Mail geführt.

dischen Volks und der Menschen aus Kurdistan eingetreten bin und für sie gekämpft habe.

Wie ist gegenwärtig Deine rechtliche Lage in der Türkei?

Erstmals festgenommen wurde ich 1993 in meinem Dorf im Bezirk Cizre. Damals war ich gerade 18 Jahre alt und musste verschiedene Foltermethoden von der Bastonade bis zum Elektroschock erfahren. Damals blieb ich für drei Jahre im Gefängnis. 1997 wurde ich wieder aus gleichem Grund gefangen genommen. Als ich 2004 aus dem Gefängnis entlassen wurde, wurde ich in Handschellen in eine Kaserne gebracht, um Militärdienst zu leisten.

Ich war gegen Krieg und Militarismus, und deshalb konnte ich keinen Militärdienst leisten. Ich verweigerte. Ich erklärte meine Kriegsdienstverweigerung erstmals in der Kaserne. Ich kam für einen Monat in ein Militärgefängnis. Dann wurde ich freigelassen.

Bis 2007 wurde ich viermal festgenommen und in ein Militärgefängnis gebracht. In dieser Zeit bin ich wegen meiner Kriegsdienstverweigerung insgesamt 17 Monate inhaftiert gewesen.

2006 sprach ich mich in Istanbul in einer Pressemitteilung dafür aus, die Unterdrückung israelischer KDVer zu beenden. Es war eine friedliche Erklärung und ich forderte nur von der israelischen Regierung, die Repression gegen die Verweigerer zu stoppen. Die türkische Staatsanwaltschaft strengte schließlich einen Prozess gegen mich an. Wegen „Entfremdung des Volks vom Militärdienst“ wurde ich zu fünf Monaten Haft verurteilt; 2012 war ich deswegen 50 Tage im Gefängnis.

Die türkische Regierung erklärte mich 2008 für den Militärdienst untauglich. Damit zielten sie darauf ab, meine Haltung zur KDV als kriminelle Handlung darzustellen. Viele Jahre lang hatte

ich überall erklärt, dass der Zwang, Militärdienst zu leisten, eine Reihe grundlegender Menschenrechte verletzt. Heute leiden mehr als 400 000 Menschen in der Türkei – nur, weil sie sich nicht dem Militär anschließen wollen. Und es gibt mehr als 1 000 Menschen, die aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten wollen. Diese ungerechte Behandlung muss so schnell wie möglich beendet kommen. Deshalb muss der Zwang zum Militärdienst beseitigt werden. Mein Kampf, die KDV sichtbar zu machen, geht weiter.

Im August 2017 bist Du in die Republik Zypern gekommen, um politisches Asyl zu beantragen. Du hast viele Jahre der politischen Verfolgung in der Türkei widerstanden. Warum hast Du die Türkei 2017 verlassen und nicht früher?

Ja, ich bin am 17. August nach Süd-Zypern geflohen und habe dort Zuflucht genommen. Es gibt 2017 viele Gründe, die Türkei für immer zu verlassen.

Der türkische Staat beschließt seit September 2015 kurdische Städte mit Panzern und Artillerie. Er hat Massaker in Städten wie Yüksekova, Diyarbakır und Nusaybin verübt. An oberster Stelle der Städte, die diese Massaker erleben mussten, steht meine Heimatstadt Cizre. Während dieser Zeit wurden fast 400 Frauen und Männer vom türkischen Staat massakriert. Die meisten waren Zivilpersonen, unter ihnen Politiker*innen und im Gesundheitswesen Tätige. 100 von diesen Menschen wurden lebendig verbrannt. Es war völlig grausam. Einige der Menschen, die vom Staat verbrannt wurden, kannte ich persönlich. Cizre erlitt massive Zerstörung. Was in Cizre geschah, war ein Beispiel für Staatsterror. Die Staatsanwalt Cizre klagte mich am 30. Mai 2017 an, weil ich gegenüber Medien über das vom türkischen Staat im März 2016 begangene Massaker gesprochen hatte. Angesichts dieser Anklage konnte ich entweder in der Türkei bleiben und ins Gefängnis kommen oder nach Zypern flüchten. Ich wählte das Letztgenannte.

Ich war bereits in Zypern, als die Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl gegen mich verlasste. Aber ich war im türkischen Teil. Die türkische Seite von Zypern befindet sich seit 1974 unter der Besatzung der Türkischen Republik. Wenn ich dort geblieben wäre, wäre ich zurück in die Türkei ausgeliefert worden. Deshalb kam in den südlichen Teil.

Warum hast Du Zypern gewählt?

Ich bin mit der mediterranen Kultur vertraut und ich mag Zypern als Insel sehr.

Meine Schwester studierte auf der türkischen Seite, und ich kam zu ihrer Universitäts-Abschlusszeremonie am 29. Mai 2017. Am Morgen des 30. Mai führte die Polizei mit gepanzerten Fahrzeugen eine Hausdurchsuchung in meinem Haus im Dorf Kocapınar im Bezirk Cizre durch. Ihr Ziel war es, mich wieder ins Gefängnis zu bringen. Wenn ich zu dieser Zeit in der Türkei gewesen wäre, hätte ich keine Chance zu flüchten gehabt.

Aber ich war nicht in der Türkei und wusste, dass ich bei Rückkehr ins Gefängnis gebracht würde. Hinzu kommt, dass das türkische Justizsystem so schlecht geworden ist, wie es nie zuvor war. Die AKP-Regierung und ihr Führer Recep Tayyip Erdoğan beabsichtigen, öffentlich bekannte Frauen und Männer zu verhaften, um Angst unter den Menschen zu verbreiten. Meine erneute Inhaftierung hätte diesem Zweck gedient.

Bist Du der einzige Verweigerer aus der Türkei, der Asyl in Zypern beantragt hat?

Ich bin der einzige Kriegsdienstverweigerer in Zypern, dessen Antrag auf politisches Asyl akzeptiert wurde. Aber ich habe Asyl nicht aufgrund der Verweigerung beantragt. Es gibt andere, die aus politischen Gründen Asyl erhalten haben.

Hast Du den Eindruck, dass der Zypern-Konflikt die Chancen für Asylgewährung beeinflusst?

Ich glaube, er hat sich ausgewirkt, ebenso wie die EU-Mitgliedschaft Zyperns.

Wie lebst Du in Zypern? Wirst Du unterstützt?

Bis jetzt bin ich noch nie von jemandem ökonomisch unterstützt worden. Ich hatte auch nie einen kostspieligen Lebensstil. Ich lebe von dem, was genügt, um Körper und Geist zusammenzuhalten, wie ein Derwisch. Ich kam mit einem kleinen Geldbetrag nach Zypern, von dem ich jetzt lebe.

Hast Du Kontakte zu Kriegsgegner*innen in Zypern?

Ich arbeite mit einigen Kriegsdienstverweigerern zusammen. Auch stehe ich in Kontakt mit einigen sozialistischen und demokratischen Personen. In Limassol gibt es eine kurdische Vereinigung. Ich bin solidarisch mit diesen Gruppierungen.

Wie stehst Du zum Krieg zwischen der Türkei und kurdischen Kräften in der Türkei und Syrien?

Ich bin gegen Krieg. Ich bin dagegen, egal wer den Krieg anfängt oder vorbereitet. Meine einzige Haltung zum Krieg ist, ihn zu verweigern, und alles zu tun, was ich kann, um ihn zu beenden.

Krieg und Terrorismus wurden 2010 von außen nach Syrien gebracht. Die anti-demokratische, hegemoniale und autoräre Struktur der Regierung von Assad hat diese Intervention erleichtert.

Würden Regionalmächte wie die Türkei und die Großmächte ihre Hände von der Region lassen, würde der bewaffnete Konflikt in Syrien von sich aus sofort aufhören. Das syrische Volk und seine politischen Parteien sind selbst dazu fähig, ihre Probleme zu lösen. Die türkische Regierung schürt jedoch Krise und Krieg. Die Türkei bereitet sich in diesen Tagen darauf vor, nach der Einnahme von Cerablus und El Bab von Idlib aus Efrin [= der westliche Kanton des kurdisch kontrollierten Gebiets in Nord-Syrien] zu besetzen. Das ist nicht akzeptabel. Alle sollten sich dem entgegenstellen. Die kurdische Bevölkerung in Syrien ist Teil Syriens. Die Kurden*innen haben regional die Macht, und es ist ihr Recht, ihre politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte einzufordern. Die Türkei sollte dies respektieren und ihre Besatzungspolitik aufgeben.

Welche Gründe waren ausschlaggebend für die Asylgewährung? Politische Betätigung? Kurdischer Hintergrund? Kriegsdienstverweigerung?

Ich weiß nicht genau, was der Hauptgrund war. Vielleicht keiner davon. Ich bin 25 Jahre lang kontinuierlich in einem Teufelskreis von Arrest, Gerichtsverfahren und Gefängnis der Unterdrückung ausgesetzt gewesen – als kurdisches Individuum, als Autor, als Kriegsdienstverweigerer und als Friedensaktivist.

Ich habe nie die Erfahrung gemacht, gleichberechtigt und gerecht behandelt zu werden. Ich habe nie ein Leben in Sicherheit geführt. Vor diesem Hintergrund hätte eine Auslieferung viele meiner Rechte verletzt. Ich bin außerdem in der türkischen und partiell in der europäischen Öffentlichkeit bekannt. Ich nehme an, dass all diese Fakten die Entscheidung Zyperns beeinflusst haben, mir Asyl zu gewähren.

Was hast Du nun vor?

Ich muss die Sprache lernen, zumindest so, dass ich meinen Alltag bewältigen kann. Danach will ich meine literarischen Projekte fortführen, für die mir bisher die Zeit fehlte und die zu finanzieren sind.

Die oberste Prioritäten in unserer Welt sind Entmilitarisierung und Abrüstung. Dafür will ich mich einsetzen. Mein Kampf für eine gerechte und freie Welt und mein Kampf für Frieden und Demokratie werden immer weitergehen.

Sieben goldene Nasen in Augsburg

Kunstaktion gegen Rüstungswahn

„Den Opfern Stimme, den Tätern Name und Gesicht“: So lautet das Motto der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“, auf deren Forderung nach einem Verbot von Waffenexporten eine Kunstaktion am 3. November in der Augsburger Innenstadt aufmerksam machte. Die gemeinsame Kundgebung von Augsburger Friedensinitiative, Pax

Christi Augsburg und der DFG-VK Augsburg stellte allerdings nur einen Teil des Gesichts der sieben wichtigsten Rüstungsmanager in den Mittelpunkt: deren Nasen.

Der Künstler Erik Tannhäuser hatte im vergangenen Jahr von der „Aktion Aufschrei“ Fotos der führenden Unternehmer im deutschen Rüstungsgeschäft erhalten und nach diesen Vorlagen die „goldenen Nasen“ der Profiteure des Todes gestaltet. Die Tafeln mit den Nasen entstanden im Rahmen des Projektkurses „Guerilla und Social Media“ an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim.

Die Nasen gehören: Andreas Heeschen, Hauptgesellschafter der Heckler & Koch GmbH, Frank Haun, Geschäftsführer von Krauss-Maffei Wegmann, Bernhard Gerwert, Chief Executive Officer von Airbus Defence & Space, Claus Günther, Vorstandssprecher des Bereichs Diehl Defence, Heinrich Hiesinger, Vorstandsvorsitzender der ThyssenKrupp AG, Armin Papperger, Vorstandsvorsitzender der Rheinmetall AG und Dieter Zetsche, Vorstandsvorsitzender der Daimler AG.

Premiere hatte das Kunstwerk gegen Rüstungsexporte bei einem Aktionstag von „Aktion Aufschrei“ am 26. Februar 2016 vor dem deutschen Bun-



Foto: Klaus Länger

destag. Jürgen Grässlin, einer der Sprecher des Aufschrei-Bündnisses und der DFG-VK, erklärte den Hintergrund der Aktion: „Mit der Ausstellung nennen wir beispielhaft sieben Profiteure deutscher Rüstungsexporte mit Namen und zeigen dazu jeweils die überdimensionierten Nasen-Profile der für die tödlichen Geschäfte verantwortlichen Personen in den Unternehmen.“

In Augsburg war die Resonanz auf die Aktion sehr positiv. Dabei konnten wir auch auf die Bedeutung von Augsburg als Standort der Rüstungsindustrie (Renk, Premium Aerotec und MT Aerospace) und auf die gerade begonnenen Augsburger Friedenswochen hinweisen. Zudem waren drei Fernsehsender am Königsplatz, um Berichte über die Aktion zu drehen.

Die Nasen sind derzeit auf einer Tour quer durch Bayern. Vor der Aktion in Augsburg waren sie in Erlangen zu sehen – die nächste Station ist München. Dort wird voraussichtlich am 17. Februar die große Demonstration gegen die sogenannte Sicherheitskonferenz stattfinden, und das Kunstwerk soll auf dem Marienplatz stehen und darauf hinweisen, wer sich mit dem Export von Mordwerkzeugen eine goldene Nase verdient.

Klaus Länger

Fluchtgrund Waffenhandel

Wie die Bundesregierung daran mitwirkt, dass Menschen massenhaft aus ihrer Heimat fliehen müssen
Von Jürgen Grässlin

Was tun gegen Fluchtursachen?“ Die Antwort der Bundesregierung auf diese Frage klingt empathisch: „Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit tragen dazu bei, Menschen vor Ort eine Perspektive zu geben.“ Zu Recht sieht die Bundesregierung immensen Handlungsbedarf: Weltweit sei „die Zahl der Flüchtlinge so hoch wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg“. Über 60 Millionen Menschen befänden sich auf der Flucht.

Derzeit, so die Bundesregierung, stammen die meisten Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, aus Syrien und dem Irak, zudem aus Afghanistan, Eritrea, Nigeria und Pakistan. „Sie flüchten vor der Terrormiliz IS und den Taliban, vor Bürgerkriegen und Diktatoren. Weil sie in ihrer Heimat um ihr Leben fürchten müssen, erhalten sie in vielen Fällen Schutz in Deutschland.“

Schenkt man der Bundesregierung Glauben, dann unterstützt Deutschland „seit vielen Jahren den Kampf gegen Fluchtursachen“. Angewandt würden Maßnahmen schneller humanitärer Hilfe oder langfristiger Entwicklungszusammenarbeit, gefragt seien des Weiteren „Diplomatie oder militärische Zusammenarbeit“. Allerdings würden Menschen in Krisenregionen „oft auch mit falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt“. Aus diesem Grund würden Bundespolizei und Zoll „gegen diese Schleuserkriminalität“ vorgehen. Das Auswärtige Amt habe in einigen Herkunftsändern gezielte Aufklärungskampagnen gestartet, um Falschmeldungen und Gerüchten entgegenzuwirken und die Menschen vor den Gefahren einer Flucht zu warnen.

Was für viele Menschen zielgerichtet und konsequent klingen mag, verschweigt die Schattenseite der deutschen Außen-, Entwicklungshilfe und Wirtschaftspolitik. Denn wie ihre Vorgängerregierungen leistete auch die CDU/CSU-SPD-geführte Bundesregierung unter Führung von Angela Merkel und Sigmar Gabriel von 2013 bis 2017 aktiv Beihilfe zur Eskalation der Gewalt und zur Stabilisierung autokratischer, repressiver und diktatorischer Regime in Ländern, aus denen Menschen massen-

haft fliehen mussten. Mit ihren milliardenschweren Rüstungsexportgenehmigungen an menschenrechtsverletzende und kriegsführende Regierungen und Regimes trug und trägt die Bundesregierung massiv zum Fluchtgrund Waffenhandel bei. Die Folgen dieser ebenso verantwortungslosen wie menschenverachtenden Regierungspolitik wirken. Mehr als zwei Millionen Menschen flohen in den vergangenen Jahren in die Bundesrepublik Deutschland.

Dabei kann die Bundesregierung auf eine lange Tradition von Waffenausfuhr genehmigungen zurückblicken. Allein in den Achtziger- und Neunzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts ermordete die türkische Armee Zehntausende Kurd*innen im Südosten des Landes – maßgeblich mit Waffen von Heckler & Koch (H&K). Mehr als eine Million Menschen aus Türkisch-Kurdistan flohen maßgeblich vor dem Einsatz deutscher Maschinengewehre des Typs MP5 und Sturmgewehre des Typs G3, in Lizenz von H&K und der Bundesregierung gefertigt bei MKEK in Ankara. Die allermeisten der Geflüchteten kamen nach Deutschland, vielfach nicht wissend, dass sie in einem Land von und Diktatorenfreunden Schutz suchten.

Was hat die Bundesregierung aus den Schandtaten der Vergangenheit gelernt? Offenbar nichts, wie ein Blick auf die derzeitige Rüstungsexportpolitik verrät.

Friedensforschungsinstitut Sipri schlägt Alarm

Die aktuellen Zahlen zum Waffenhandel mit Großwaffensystemen (wie Kampfpanzer und -flugzeuge sowie Militärhelikopter) sind ernüchternd. Im Dezember 2017 publizierte das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri die globale Rüstungsexportbilanz für das Vorjahr. Demnach verkauften international agierende Rüstungskonzerne 2016 weltweit weitaus mehr Kriegswaffen als in den Jahren zuvor. Der Umsatz der Top 100 stieg bei Waffen und militärischen Dienstleistungen auf nunmehr 374,8 Milliarden US-Dollar (fast 318 Milliarden Euro). Erstmals – nach fünf Jahren verminderter Waffentransfers – nahmen

die Rüstungsverkäufe 2016 wieder zu – laut Sipri um 1,9 Prozent im Vergleich zu 2015 und um 38 Prozent im Vergleich zu 2002.

Besonders dramatisch ist die Entwicklung in Deutschland. Hierzulande steigerten Waffenschmieden ihre Rüstungsexporte um insgesamt 6,6 Prozent auf rund sechs Milliarden Dollar. Die Speerspitze bildeten dabei die Düsseldorfer Rheinmetall AG mit einem Zuwachs um 13,3 Prozent, gefolgt vom Kampfpanzerbauer Krauss-Maffei Wegmann in München und Kassel mit einem Plus von 12,8 Prozent.

Beide Unternehmen hätten von der Nachfrage nach Waffen profitiert, analysiert der Sipri-Experte Pieter Wezeman die aktuelle Entwicklung. Wezeman nennt neben den Empfängerregionen in Europa und in Südostasien vor allem den Mittleren Osten. Wahrlich ein lukrativer Absatzmarkt dank der dort tobenden Kriege.

Deutsche Kriegswaffenexporte an Diktatoren und Warlords

Überraschend erscheinen diese Sipri-Zahlen nicht, erschreckend sind sie dennoch. So offenbarte bereits ein Blick in den regierungsamtlichen Rüstungsexportbericht 2016 der Großen Koalition Monate zuvor eine fortgesetzt düstere Entwicklung. Allein der Wert der erteilten Einzelausfuhr genehmigungen betrug 6,848 Milliarden Euro – das zweithöchste Volumen, das jemals gemessen worden war.

Auch die Empfängerländer deutscher Kriegswaffentransfers sprechen für sich: So wurden umfangreich Ausfuhr genehmigungen für Staaten im Maghreb, dem Nahen und Mittleren Osten erteilt: für Algerien 846,5, Ägypten 337,0, den Irak 10,9, Israel 2,8, Jordanien 10,1, Oman 7,1, Saudi-Arabien 21,3 und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) 13,2 Millionen Euro. Unter den Top 10 deutscher Empfängerländer befanden sich mit Saudi-Arabien, den VAE und Ägypten drei Staaten, die sich im Krieg mit dem Jemen beteiligten.

Allen voran die exorbitant hohen Steigerungen der Genehmigungen für den

Export sogenannter Kleinwaffen (von Pistolen über Maschinenpistolen bis hin zu Sturm-, Maschinen- und Scharfschützengewehren) sprach für sich: Im Jahr 2016 wurden Kleinwaffenexporte im Wert von 46,89 Millionen Euro erteilt - im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um sage und schreibe 47 Prozent. 2016 wurden erneut Kleinwaffentransfers ins Kriegsland Irak genehmigt, u.a. für 4 000 weitere Gewehre mit KWL-Nummer (Kriegswaffenliste) im Wert von mehr als 2,1 Millionen Euro.

Deutschland ist im weltweiten Ranking zum drittgrößten Exporteur von Kleinwaffen avanciert. Die Bundesregierung genehmigte einmal mehr Kriegswaffenexporte an Diktatoren und Warlords. Mit den Waffentransfers in den Irak nahm die Bundesregierung den Bruch des Völkerrechts und damit des Grundgesetzes in Kauf. Denn bis zum heutigen Tag gilt ein Waffenembargo der Vereinten Nationen für den Irak.

Deutsche Kriegswaffen in Händen von Terroristen

Weltweit schießen Terroristen mit Kriegswaffen aus deutscher Fertigung oder ausländischer Lizenzfertigung. Die Liste ist lang und umfassend. Seit langen Jahren nachgewiesen ist beispielsweise der Einsatz von G3-Schnellfeuer gewehren von H&K durch Taliban in Afghanistan. Diese Kleinwaffen wurden in Lizenz bei Pakistan Ordnance Factory (POF) hergestellt und offensichtlich über Mittler des pakistanischen Geheimdienstes geliefert.

Auch im Kriegsland Irak sind deutsche Gewehre im Kampfeinsatz. Bereits am 1. September 2014 hatte der Bundestag beschlossen, Kleinwaffen an die Peschmerga im Nordirak zu liefern - was seither in großem Umfang auch passiert. Abertausende G3- und G36-Sturm gewehre fanden mittlerweile ihre Schützen im Norden des Irak, desgleichen wurden rund sechs Millionen Schuss Munition geliefert.

Längst konnte auf den Waffenmärkten im nordirakischen Kirkuk und Erbil nachgewiesen werden, dass G3 aus Bundeswehrbeständen vom IS gekauft und eben gegen die Peschmerga eingesetzt wurden. Die Herkunft dieser Kriegswaffen ist in den Schnellfeuer gewehren eingestanzt.

Meine Erfahrung Jahrzehnte während der Vor-Ort-Recherchen lautet: Waffen bleiben selten dort, wo man sie hin liefert. Sie wandern dortherin, wo am meisten bezahlt wird. So lautet das Gesetz

des Marktes auf den Kriegsschauplätzen in aller Welt.

Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten

Im genannten Berichtszeitraum 2016 forderten die Kriege im Irak und in Syrien weltweit die meisten Opfer. Dabei hatte Russland mit befriedeten Staaten das syrische Assad-Regime bis an die Zähne mit Waffen hochgerüstet und somit an der Macht gehalten, während die USA mit befriedeten Nationen in der Nato über Jahre Rebellengruppen mit Kriegswaffen ausgestattet hatten. Was dazu führte, dass die Region in Schutt und Asche lag und liegt und Millionen Menschen in die Flucht getrieben wurden.

Mit anderen Worten: Waffenexporte der reichen Industriestaaten an Diktatoren in den Krisen- und Kriegsgebieten im Nahen und Mittleren Osten, dem Maghreb und den Entwicklungsländern des Südens stellen einen absolut zentralen Fluchtgrund dar. Deutschland spielt dabei eine erhebliche Rolle.

Eine Unterscheidung nach guten und bösen Empfängern deutscher Kriegswaffen - wie sie der vormalige Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel wiederholt zur Legitimierung derartiger Ausfuhr genehmigungen ins Feld geführt hat - ist obsolet. Waffen wandern.

Menschen müssen vor dem Einsatz deutscher Kriegswaffen - sei in Händen von Regierungstruppen, Guerillaeinheiten oder Terroristen - fliehen. Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten. Gabriel weiß das, die Bundesregierung weiß das - und genehmigt dennoch weiterhin Kriegswaffenexporte an Barbaren und Schlächter in Krisen- und Kriegsgebiete. Diese Politik der Bundesregierung ist weder sozial noch demokratisch noch christlich. Sie ist heuchlerisch, verlogen und inhuman.

Wer Fluchtgründe beseitigen will, muss da ansetzen, wo ein konkreter Ansatzpunkt besteht. Effizient und erfolgreich wäre ein sofortiger vollständiger Stoppt aller Kriegswaffenexporte an menschenrechtsverletzende und kriegsführende Staaten - impulsgebend eingeleitet von der deutschen Bundesregierung.

Grenzen öffnen für Menschen, Grenzen schließen für Waffen!

Zu Recht fordert die Kampagne „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel“, deren Gründungsmitglied die DFG-

VK ist: Öffnet die Grenzen für Menschen, schließt die Grenzen für Waffen! Wir wollen, dass unsere Forderungen in einem neuen Rüstungsexportvermeidungsgesetz festgeschrieben werden: kein Export von Rüstungsgütern an menschenrechtsverletzende und kriegsführende Staaten, Exportverbot für Kleinwaffen und Munition; keine Hermesbürgschaften zur staatlichen Absicherung von Rüstungsexportgeschäften, keine Lizenzvergabe an andere Länder.

In den kommenden Jahren müssen wir uns aber auch verstärkt den Unternehmen zuwenden, deren Geschäftspolitik das Rüstungsexportdesaster verursachen. Zeitnah bietet sich allen Friedensaktivist*innen die Gelegenheit, selbst aktiv zu werden: Bei der Mitgliederversammlung des RüstungsInformationsBüros gründen wir am 3. Februar im Alten Wiehrebahnhof in Freiburg die Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch. Interessent*innen wie Möchtegern-Aktionär*innen sind herzlich willkommen (www.rib-ev.de).

In den Tagen nach Pfingsten bietet der Staffellauf gegen Rüstungsexport „Frieden geht“ von Oberndorf über Kassel nach Berlin die Chance zum aktiven Handeln gegen Waffenhandel (www.frieden-geht.de).

Jürgen Grässlin ist einer der Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!“ und Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis.

Impressum

Redaktionsanschrift: ZivilCourage, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, Telefon 0711-51 89 26 20, Telefax 03212-1028255, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de • Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Werastraße 10, 70182 Stuttgart • Redaktion: Stefan K. Philipp (verantwortlich; eMail philipp@dfg-vk.de); Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de); Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de) • Druck: UWS-Druck, Libanonstraße 72a, 70184 Stuttgart, Telefon 0711-463005 • Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafenbahnhofstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834 • ISSN: 1614-1954 • Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-90056, Telefax 09082-911200, eMail bernhard.kusche@gmx.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 13 vom 1.1.2014 gültig. • Erscheinungsweise: fünf Mal jährlich • Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. • Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. • Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. • Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält. • Bezugsbedingungen: Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonnement schriftlich bei der Herausgeberin. • Beilagen: „Südwest-Kontakte“ des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg (Teilauflage) • Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 21. Dezember 2017. Die nächste Ausgabe erscheint im Februar 2018, Redaktionsschluss ist der 30. Januar 2018.

Krieg ist nicht gleich Krieg

Der Philosoph Sebastian C. T. Schneider plädiert für eine neue Definition des Kriegsbegriffes im 21. Jahrhundert

Von Anselm Oelze

Wer den Frieden will, muss den Krieg kennen. Denn wie sollte man als Pazifist beseitigen können, was man nicht zuvor genau studiert hat?

Gewiss ist die Erforschung des Krieges, insbesondere die seiner Ursachen, nichts grundlegend Neues. Schon in der Antike gab es eine philosophische Auseinandersetzung mit kriegerischen Konflikten, und spätestens seit den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts hat sich die Friedens- und Konfliktforschung (im englischsprachigen Raum auch „war studies“ genannt) als wissenschaftliche Disziplin etabliert. Doch nicht selten führt ein genauerer Blick zu hitzigen Diskussionen darüber, was es eigentlich ist, das man da sieht.

Biologen streiten über den Begriff des Lebens, Religionswissenschaftler über den Begriff der Religion und Kriegsforscher eben über den des Krieges. Dabei muss eine solche Diskussion keineswegs unnötig sein. Im Falle des Krieges ist sie, so der Philosoph Sebastian C. T. Schneider, heutzutage sogar nötiger denn je.

In seiner Studie „Krieg? Philosophische Reflexionen über den Kriegsbegriff im 21. Jahrhundert“, mit der er 2016 an der Universität Luzern promoviert wurde, nimmt Schneider den Begriff des Krieges genauer unter die Lupe. Dabei handelt es sich keineswegs nur um eine müßige sprachphilosophische Spielerei. Denn ob ein Konflikt als Krieg oder ein Angriff als kriegerisch bezeichnet wird, hat ganz erhebliche Folgen. Spätestens wenn es um die Frage geht, wie in solchen Fällen völkerrechtskonform reagiert werden darf, ist es auch politisch und juristisch von Bedeutung, inwiefern etwas als Krieg, als bewaffneter Konflikt oder – unter verbalen Verrenkungen – als „robuster Stabilisierungseinsatz“ bezeichnet wird.

Schneiders Feststellung, dass in Zeiten von Terroranschlägen, ethnischen Konflikten, Kampfdrohnen Einsätzen und „Cyberwar“ mehr Unklarheit denn je herrscht, ist als solche gewiss nicht sonderlich originell. Sein Anspruch, für eine gewisse Klarheit zu sorgen, ist dafür jedoch umso begrüßenswerter, denn eine Instrumentalisierung des Kriegsbe-

griffes kann, salopp gesagt, tödlich enden.

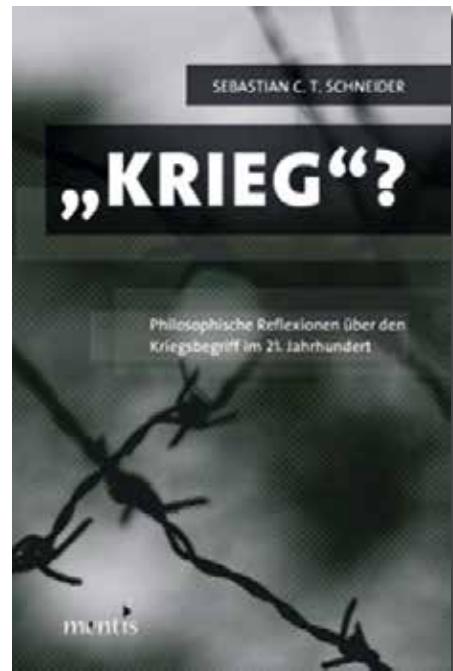
Angesichts der fatalen Konsequenzen und der uneinheitlichen Verwendungen könnte man natürlich einfach dafür argumentieren, den Kriegsbegriff ganz aufzugeben. Schneider hält dies jedoch aus wenigstens zwei Gründen für keinen guten Weg. Erstens weil der Begriff des Krieges nun einmal in der Welt ist. Mit ihm umzugehen, erscheint daher zielführender, als ihn zu umgehen. Zweitens ist der Begriff „Krieg“ gerade für die Friedensforschung zentral. Würde man ihn über Bord werfen, wäre das grausame Phänomen ja noch lange nicht aus der Welt (genauso wenig wie Gläubige aufhören würden zu beten, wenn der Begriff der Religion für undefinierbar erklärt würde).

Statt den Begriff zu begraben, widmet sich Sebastian Schneider im Hauptteil seiner Arbeit lieber einer ausführlichen Analyse der Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Kriegsbegriffes in vier verschiedenen Bereichen: Philosophie, Politikwissenschaft, empirischer Konfliktforschung und Völkerrecht.

Ziel ist Klarheit

Ziel dieser Analyse ist es nicht, am Ende einen völlig beliebigen Kriegsbegriff zu gewinnen. Ebenso wenig soll sie festlegen, inwiefern Krieg gerecht oder legitim sein kann. Vielmehr geht es darum, einen klaren Begriff von Krieg zu entwickeln und zwar ausgehend von traditionellen Verwendungsweisen und mit Sensibilität für gegenwärtige Ansprüche. Dieser kann dann in verschiedenen Kontexten von Moralphilosophie und Recht bis hin zu Politik und Medien angewendet werden.

Knapp zusammengefasst lautet Schneiders Definitions vorschlag im Wesentlichen so: Krieg ist eine Form des Konflikts, bei dem tatsächlich und wechselseitig Gewalt angewendet, das heißt grundlegende Rechte in einem rechtlich nur bedingt reglementierten Rahmen verletzt werden. Dies geschieht durch Akteure, die keinem Gewaltmonopol unterliegen und nicht vollständig asymmetrisch sind.



Diese Definition wirkt auf den ersten Blick zugegebenermaßen sperrig. Durch ihre verschiedenen Elemente bietet sie jedoch den Vorteil, einerseits nicht beliebig, andererseits anschlussfähig und ausbaubar zu sein. Fraglos ermöglicht sie eine Abgrenzung des Krieges von anderen Formen der Gewaltanwendung wie Morden, Massakern oder Polizeieinsätzen. So gesehen ist Schneiders Vorstoß positiv zu bewerten.

Gleichwohl bleiben wenigstens zwei Probleme bestehen. Erstens ist es fraglich, inwiefern nicht auch dieser Begriff des Krieges politisch instrumentalisiert werden kann von denjenigen, die eben gerade gerne Krieg und nicht eine andere Form von Gewaltkonflikt rechtfertigen möchten. Zweitens muss man wohl grundlegend leider Folgendes eingestehen: Selbst wenn die große Aufgabe, den Kriegsbegriff genauer zu fassen, mit Schneiders Arbeit erfolgreich gelöst worden sein sollte – die Beseitigung des Krieges wird als größere Herausforderung vorerst bestehen bleiben.

Sebastian C. T. Schneider: „Krieg? Philosophische Reflexionen über den Kriegsbegriff im 21. Jahrhundert. Münster 2017; 356 Seiten; 48 Euro

„Kriegsspiele“

Neue Broschüre der DFG-VK über die „Militärverseuchung“ in Nordrhein-Westfalen
Von Tobias Damjanov

War Games – Militärische Anlagen zwischen Rhein und Maas“ ist der Titel einer Broschüre, die von den DFG-VK-Gruppen Düsseldorf, Duisburg, Kleve, Köln, Krefeld und Neuss zusammen mit dem DFG-VK-Bildungswerk NRW erstellt wurde. Auf 36 Seiten werden die Militärstandorte in der Region en détail dargestellt, eine analytische Einordnung des Niederrhein in die Militärstrategie von Nato und Bundeswehr vorgenommen und vor allem auch Alternativen und Handlungsvorschläge unterbreitet. Für NRW hat der Niederrhein militärisch spezielles Gewicht: „In keiner Region von NRW sind so viele militärisch wichtige Standorte konzentriert wie in der Region von Maas und Rhein. Von hier werden Einsätze der Luftwaffen Deutschlands und der Nato koordiniert, von hier starten die Awacs-Aufklärer zu Kriegseinsätzen in der ganzen Welt, hier heben die Eurofighter ab ...“. Und im benachbarten Volkel (Holland) und Kleine Brogel (Belgien) sind, wie in Büchel, US-Atomwaffen stationiert, worauf die Broschüre ebenfalls Bezug nimmt.

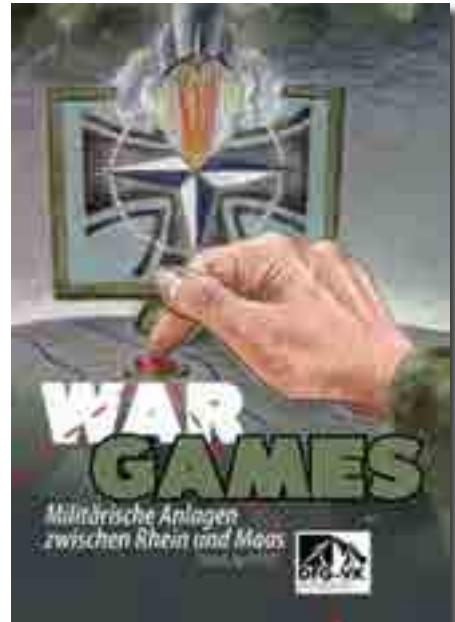
Was diese Handreichung im Postkartenformat so besonders macht, sind gleich mehrere Aspekte. Ins Auge springt als Erstes die Präsentationsform. Statt mit sattsam bekannten Fotos von Waffen, Militäranlagen etc. zu arbeiten, hat der Künstler Wilfried Porwol aus Kleve, selbst seit Jahrzehnten Mitglied der DFG-VK, Illustrationen zur Verfügung gestellt bzw. extra für diese Broschüre angefertigt, die nicht nur den düster-menschenverachtenden Charakter einer Kriegsmaschinerie der Leseerin/dem Leser unter die Haut gehen lassen, sondern auch die mögliche „andere Welt“, die ohne Krieg, ins Bewusstsein rufen. Porwol gelingt mit seiner zum

Nachdenken auffordernden Ausdrucksstärke weit mehr als nur die Auflockierung einer naturgemäß eher textlastigen Vermittlung von Inhalten.

Vom politischen Anspruch her gelingt der Broschüre ein Spagat: Auf der einen Seite (die exakt erste Hälfte) Faktenvermittlung über alle wesentlichen Militäreinrichtungen am Niederrhein, äußerst kompakt fokussiert, sowie die kritische Einschätzung der zugrunde liegenden Militärstrategie der Nato, die sich auch mit überholten Feindbildvorstellungen gegenüber einem jetzt nicht mehr „roten“, sondern kapitalistischem Russland auseinandersetzt. Auf der anderen Seite direkt und klar „Alternativen zu Tod und Gewalt“. In diesem zweiten Teil wird die Notwendigkeit zu Abrüstung und ziviler Konfliktlösung gut lesbar hergeleitet; es werden „drei Ansatzpunkte zur Kriegsverhinderung“ aufgezeigt – und das mündet in der sich logisch aufdrängenden Frage: „Was kann man tun?“ Als Antworten werden, fast schon handbuchartig, beispielhaft Kernelemente für Handlungsmöglichkeiten jeder/jedes Einzelnen, aber auch im Gruppenzusammenhang nahe gebracht. Wäre der Begriff „Brevier“ nicht so religionsbelastet, ließe sich diese Broschüre durchaus als ein solches charakterisieren. Mit dem Zusatz „politisch-pazifisch“, versteht sich.

Zwei Wermutstropfen: So augenfreundlich die sanft-graue Farbgebung hinter dem Schriftbild ist, aber manche Zwischenüberschriften sind in ihrem extrem blassen Rosa nur noch schwer erkennbar. Und was gar nicht passieren darf: Ausgerechnet der Hinweis auf die Webseite, über die sich die Broschüre herunterladen lässt, ist fehlerhaft (richtig muss er lauten: <http://nrw.dfg-vk.de/themen/wargames.html>)

Nun konzentriert sich das Thema dieser Broschüre auf einen einzelnen geopolitischen Ausschnitt der Militärlandschaft in Deutschland. Was soll Zivil-Courage-LeserInnen, die woanders beheimatet sind, damit für sich anfangen? Im Entstehungsprozess der Broschüre war auch davon die Rede, man müsse letztlich so etwas wie einen Atlas aller Militärstandorte Deutschlands auf die



Beine stellen. „Krieg ist nicht nur dort, wo Menschen im Kugel- und Bombenhagel verrecken; Krieg ist hier, weil er hier beginnt, hier geplant und hier gezündet wird.“ (Seite 15) „War Games“ am Niederrhein ist, so betrachtet, ein erstes Puzzleteil, das Schule machen will, wenn es ums Entlarven geht, wo überall Krieg operativ wird.

Für eine Rezension womöglich ungewöhnlich sei an dieser Stelle hervorgehoben, dass das Zusammenwirken von Aktiven verschiedener DFG-VK-Gruppen für ein gemeinsames Projekt – diese Broschüre – auch eine Stärkung ihres regionalen Zusammenhalts bewirkt hat. Von daher möchte man sagen: Schafft zwei, drei, viele Broschüren mit diesem Regionalcharakter, um die Militärverseuchung auch an euren Orten konkret bloßzustellen und dabei die pazifistischen Reihen zu schließen durch eure eigenen Aktionsanregungen. Dafür gibt „War Games“ ein gutes Beispiel, an dem man sich in Aufbau und Machart orientieren kann. Auch das macht den besonderen Charakter dieser scheinbar kleinen Broschüre aus, die gegen Spenden an das DFG-VK-Bildungswerk NRW vertrieben und verteilt wird.

Bezugsadresse: DFG-VK NRW, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund
Download-Link: <http://nrw.dfg-vk.de/dokumente/DFG-VK%20-%20War%20Games%2010%20-%20web.pdf>





Foto: Simon Kiebel

„Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

In dieser Kolumne berichtet der politische Geschäftsführer regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsleitung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.

Nun bin ich also kein Stellvertreter mehr, sondern „richtiger“ politischer Geschäftsführer. An der Arbeit wird sich wenig ändern, der „Welpenschutz“ ist aber weg. In den nächsten zwei Jahren hoffe ich, euch viele gute Momente bereiten zu können – sicher werdet ihr euch aber auch mal an den Kopf fassen und euch fragen „was der Junge da jetzt schon wieder gemacht hat“. Die vergangenen zwei Jahre waren für den Verband aber gut, das zeigen die vielen Aktivitäten und die steigenden Mitgliedszahlen. Ziel ist es, diesen Trend fortzusetzen. An Ideen und Kreativität mangelt es dabei nicht – die nächsten aufsehenerregenden Aktionen sind schon geplant!

Bundeskongress: Die Waffen nieder!

Mein dritter DFG-VK-Bundeskongress und erstmals einer als Teil des Organisationsteams. Die anderthalb Jahre der Vorbereitung entluden sich auf die 72 Stunden vom 10. bis 12. November in Berlin. Der lange Vorlauf und die tolle Organisation von Cornelia Mannewitz, Thomas Mickan und den vielen anderen Helferinnen und Helfern waren enorm wichtig – und doch war das Stresslevel vor Ort natürlich hoch: Irgendetwas geht immer schief, man hat gar keine Zeit, mit all den lieben Leuten zu sprechen, die man lange nicht gesehen hat, und natürlich gefällt einem auch mal eine Debatte nicht. Insgesamt hoffe ich, hat der Bundeskongress den Delegierten und Gästen gefallen – wie ich hörte, war es nach langer Zeit zumindest mal wieder ein Bundeskongress, auf dem getanzt wurde. Ich muss den Kongress – die vielen Eindrücke und die neue Verantwortung – erstmal etwas „sacken lassen“. Und so ist das Jahresende bei der DFG-VK ja sowieso immer eins, um das Zurückliegende zu reflektieren und die

Weichen für das neue Jahr und darüber hinaus zu stellen.

Geschichte wird gemacht!

In Kassel, wo ich aktuell lebe, haben wir das 125-jährige DFG-VK-Jubiläum im Oktober mit einem Vortrag unseres Historikers Guido Grünewald gefeiert. Auch auf dem Bundeskongress war die durchaus beeindruckende Geschichte unseres Verbands ein großes Thema. Dadurch wurde mir aber auch nochmal bewusst: Wir sind alle Teil der Geschichte unseres Verbands und wir bestimmen, welche Entwicklung er nimmt. Wie wird man in 10 und mehr Jahren über unsere Arbeit und unsere Entscheidungen sprechen und denken? Dabei scheinen wir gerade an einem entscheidenden Punkt zu stehen: Schaffen wir einen Generationendialog und sichern so die Zukunft des Verbands? Der Bundeskongress – die große Zustimmung für die drei jungen Bundessprecherinnen und -sprecher sowie eines Antrags zur Förderung junger DFG-VK-Mitglieder – war ein starkes und ermutigendes Zeichen dafür! Wir müssen jetzt Anstrengungen unternehmen und Geld in die Hand nehmen, um die DFG-VK nachhaltig aufzustellen. Das heißt auch, Überlegungen über die Verbandsstruktur anzustellen: Auf dem Bundeskongress wurde beschlossen in den nächsten zwei Jahren eine neue Satzung zu erstellen. Die Medien-Arbeitsgruppe erarbeitet zudem aktuell ein neues Konzept für die Verbandskommunikation. Unser Verband bewegt sich. Auch wenn es dabei zu Reibungen kommt, bin ich sicher, dass wir die DFG-VK gemeinsam zukunftsweisend ausrichten können!

Und die nächste Entscheidung dazu steht schon an: Mit Thomas Mickan geht uns mit Ende des Jahres 2017 ein wichtiger Mitstreiter verloren, der in seiner Arbeit rund um das 125-Jahr-Jubiläum vor allem auch den Generationendialog vorangetrieben hat – ich hoffe der Bundesausschuss beschließt einen Nachfolger bzw. eine Nachfolgerin. An dieser Stelle Thomas vielen Dank für seine wertvolle Arbeit für die DFG-VK, seine guten Ideen und sein immerwährendes Engagement!

Gemeinsam gegen Atomwaffen!

Was bewegte mich in den letzten Monaten neben dem Bundeskongress und der zukünftigen Aufstellung der DFG-VK – der internen Arbeit – noch?

Nach der Vergabe des Friedensnobelpreises an die „Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen“ (Ican), an dem die DFG-VK-Aktiven auch ihren Anteil haben, vor allem das in der Öffentlichkeit stehende Thema „Atomwaffen“. In meiner letzten Kolumne berichtete ich über eine von mir mitorganisierte Aktion mit einer (Styropor-)Atombombe vor der nordkoreanischen- und der US-Botschaft in Berlin: Bilder von der Aktion hatten es damals u.a. ins ZDF geschafft – nach dem Friedensnobelpreis für ICAN, mit denen die Aktion gemeinsam stattfand, gingen die Fotos der medienwirksamen Aktion mit Trump- und Kim-Jong-un-Maske um die Welt. Selbst in indischen und japanischen Online-Medien habe ich es neulich gefunden – immer mit unserem „Die Waffen nieder“-Transparent im Hintergrund.

Aufbauend auf diese Aktion haben Ican, die IPPNW, wir und einige weitere Organisationen dann am 18. November – nur eine Woche nach dem Bundeskongress – eine Menschenkette von der nordkoreanischen zur US-Botschaft organisiert. Dabei rollten als Donald Trump und Kim Jong-un verkleidete Aktivisten jeweils eine Atombombe von einer Botschaft in Richtung einer in der Mitte der Menschenkette stehenden Erdkugel – am Ende konnte die Zivilgesellschaft dazwischengehen und den „drohenden Atomkrieg“ verhindern.

Und Angela Merkel unterzeichnete vor dem Brandenburger Tor noch den UN-Verbotsvertrag für Atomwaffen – zumindest eine als Merkel verkleidete Schauspielerin. Wieder berichteten zahlreiche deutsche und ausländische Medien – etwa die „Washington Post“, und vielleicht hat der TV-Bericht bei „Fox News“ ja sogar Donald Trump erreicht?

Auch 2018 wird die Arbeit für eine atomwaffenfreie Welt ein wichtiges Thema sein!

Wir werden kämpfen!

Briefe der LeserInnen



„Keine soziale Verantwortung, fehlende praktische Solidarität und missachtete Arbeitnehmerrechte“

Zum Beitrag „DFG-VK vs. Monty Schädel“ in ZC Nr. 4/2017, Seite 36

Ich bin bestürzt über die Kündigung von Monty Schädel. Ich lese nicht die Taz, die Nachricht habe ich daher erst jetzt der ZivilCourage entnommen.

Nicht Lidl oder einer der üblichen sonst Verdächtigen bei diesem Arbeitgeberverhalten, sondern ausgerechnet die DFG-VK nimmt keinerlei Rücksicht auf einen schwer erkrankten Beschäftigten, dem sie zudem viel zu verdanken hat. Ich war selber zwei Mal mehr als ein halbes Jahr lang arbeitsunfähig krank. Ich weiß daher, wie schlecht es einem geht, der nicht so schnell wieder auf die Beine kommt. Monty Schädel war etliche Jahre in den Medien das Gesicht der DFG-VK. Wahrscheinlich hat er zu wenig Rücksicht auf seine Gesundheit genommen, um unseren Verband in den Medien präsent zu machen.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre war ich Betriebsrat. Manche Gesetze sind seitdem zu Lasten der Arbeit-

nehmer geändert worden, das hier heranzuhaltende Gesetz aber nicht: In § 14 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes ist ein enger Rahmen für die Befristung von Arbeitsverträgen gezogen. Wenn die DFG-VK sich nicht vor jedem Bundeskongress ein neues Aufgabengebiet für den Bundesgeschäftsführer ausdenkt, ist eine Befristung nicht zulässig. Anscheinend wusste man das vor zehn Jahren noch. In § 16 des Gesetzes heißt es: „Ist die Befristung rechtsunwirksam, so gilt der befristete Arbeitsvertrag als auf unbestimmte Zeit geschlossen...“ Ein Blick ins Gesetz hätte also genügt, um zu wissen, wieso man seinerzeit einen unbefristeten Arbeitsvertrag geschlossen hat.

Die Frage, wie viel soziale Verantwortung sich ein kleiner Friedensverband leisten will, wenn es um praktische Solidarität geht – und um Arbeitnehmerrechte, ist mit der Kündigung klar beantwortet: Gar keine. Jeder blamiert sich so gut er kann. Schade!

Erwin Habisch

FELDPOST



TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

„Mach, was wirklich zählt.“ Wir alle kennen sie ja, unsere Kampagne zur Nachwuchswerbung. Professionell gemacht und genau auf unsere Zielgruppe zugeschnitten. Manchen war sie in der Vergangenheit vielleicht etwas zu brav und bieder. Wir erinnern uns an „Ausbeutung gewaltsam verteidigen.“ Ja, was denn sonst? Aber jetzt drehen die richtig auf! Kennen Sie das Plakat „Wir sind dann mal weg – Blitzkrieg in Syrien. Opa wär so stolz gewesen.“? Glatter Volltreffer das! Das ist die Sprache, die bei unserem Nachwuchs ankommt. Oder: „Keine Ahnung von nix? Wir nehmen gerne auch Arschlöcher.“ So ist es. Immer klar und direkt auf den Punkt und kein langes Blabla. So sind wir eben: auf dem Übungsplatz, im Gefecht und bei der Nachwuchswerbung..

gez. Alex von Lingua, Feldpostmeister

Die
pazifistische
Grundsatzklärung

0118

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

Ich unterstütze die Grundsatzklärung und werde Mitglied des Bundesverbandes der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK).

Vorname:

Nachname:

Geburtsdatum:

P. Z. Ort:

Straße und Hausnr.:

Telefon:

E-Mail:

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum:

Unterschrift:

Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen)

- | | |
|---|------------|
| <input type="radio"/> Stufe 6 – Förderbeitrag | 29,00 Euro |
| <input type="radio"/> Stufe 5 – Förderbeitrag | 22,00 Euro |
| <input type="radio"/> Stufe 4 – Förderbeitrag | 15,00 Euro |
| <input type="radio"/> Stufe 3 – Normalbeitrag | 10,00 Euro |
| <input type="radio"/> Stufe 2 – Ermäßiger Beitrag | 5,00 Euro |
| <input type="radio"/> Stufe 1 – Mindestbeitrag | 2,00 Euro |

(Die Stufen 1 u. 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Ich bitte den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontinenzhaber/in:

IBAN:

BIC:

Datum:

Unterschrift:

Das DFG-VK-Spendenkonto

IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00

BIC: BFSWDE33XXX



Weitere Informationen über die DFG-VK im Internet unter www.dfg-vk.de

Klarer Standpunkt eines antimilitaristischen Schrotthändlers in Bremen

entsorgung



Foto: Thomas Kosicki



Friedlich denken allein ändert nichts.

Werde Mitglied der DFG-VK!

Bitte ausfüllen und in einem Fensterumschlag verschicken:

DFG-VK-Bundesverband
Werstraße 10
70182 Stuttgart

Grundsatzklärung der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK):

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.

Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuwirken.

DFG-VK